

Rundbrief

BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE

1

2019



DIE LINKE.

INHALT

EDITORIAL	3
Julia Wiedemann	

THEMA: EUROPA

Rebellischer Wahlkampf mit Kritik und Angeboten	4
Europawahl im Mai: Warum DIE LINKE wählen?	
Martina Michels MdEP	

Angriff von Rechts	5
Die radikale europäische Rechte befindet sich weiter auf dem Vormarsch und möchte bei den anstehenden Wahlen Europa übernehmen	
Dr. Gerd Wiegel	

AKTUELLES ZUM ANTIFASCHISMUS. THEORIE UND PRAXIS

Zur Diskussion: Wider den Zeitgeist. Die Linke bewahren	8
Dr. Stephan Jegielka	

GESCHICHTLICHES. TEXTE UND REZENSIONEN

Russischer Emigrantenfascismus im Zweiten Weltkrieg 1941 bis 1945 – die große Kollaboration?	19
(Teil 4 der Serie zu historischen Wurzeln des Faschismus in Ländern der ehemaligen SU)	
Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe	

Mephisto, Brandstifter und Intrigant.	27
Ein Amerikaner im Wahlkampf zur Europawahl	
Dr. sc. Roland Bach	

Er will es noch einmal wissen	31
Udo Voigt und die NPD im Europa-Wahlkampf	
Dr. sc. Roland Bach	

Eine Vertriebene aus dem Jahr 1938:	35
»Wir wussten, vor wem wir flohen und wann wir zurückkehren würden.«	
Olga Semelová	

BUNCHEMPFEHLUNG UND LITERATUR

»Was interessiert mich denn Cottbus?« 7
aktionsbuendnis-brandenburg.de

»Rassismus und Antirassismus« 7
PapyRossa Verlag

»In Verantwortung« 30
Studien Verlag

HINWEISE ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN 40



Rundbrief ISSN 1864-3833

Der Rundbrief erscheint bei Bedarf, mindestens zweimal im Jahr, und wird herausgegeben von der AG Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE.
V.i.S.d.P. Julia Wiedemann

Adresse: Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030 24009-216
E-Mail: julia.wiedemann@die-linke.de

Gegenstand der Rundbriefe sind Analysen, Erfahrungen, Nachrichten, Rezensionen und Untersuchungen zum Thema Rechtsextremismus und rechter Zeitgeist. Damit soll die antifaschistische Arbeit demokratischer Organisationen und interessierter Personen unterstützt werden.
Der Rundbrief ist über die AG zu beziehen.
Zuschriften und Beiträge sind willkommen.

Titelbild: pixabay.com, moritz320
Redaktionsschluss: Mai 2019
Layout und Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

EDITORIAL

Am 26. Mai wird ein neues Europaparlament gewählt.

Für Linke sind damit vielfältige oft neue Anforderungen verbunden. Zunächst gilt es eine hohe Wahlbeteiligung zu erreichen. Das Interesse an den Europawahlen ist recht groß. Damit ist ein weites Feld für Themen gegeben, wo potentielle Wähler mit Argumenten versorgt werden müssen. Es geht dabei zunächst um die Gründe für die anhaltenden weltweiten Flüchtlingsströme und ihre humane und langfristige Bewältigung. Praktizierte Menschenrechts-Verwirklichung ist gefragt, inhumane Abschottungspolitik gilt es offensiv zu bekämpfen.

Mit dieser Grundrichtung gesellschaftlichen Wirkens sind viele Einzelfragen verbunden, die Wohnungsfrage, Bildungsmöglichkeiten und das Erlernen neuen dauerhaften Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Lebenstraditionen hier in Europa sind nur einige davon. Lernen müssen nicht nur die Ankommenden, sondern auch alle, die schon lange hier leben.

Die Europawahlen finden statt unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen. Ein Rechtsruck geht durch Europa. Ausländerfeindlichkeit ist dabei nur eine Erscheinung politischer Meinungsbildung und praktischen Alltagshandelns.

Auch hier sind Linke stärker als bisher gefordert.

Mit dem Spektrum der Themen, die wir im Rundbrief ansprechen, wollen wir in bewahrter Weise Anregungen vermitteln. Und wie immer: hoffen wir auf einen anregenden Meinungsstreit zu den angesprochenen Fragen. Und: wir freuen uns auf neue Autoren.

Julia Wiedemann,
Sprecherin der BAG Antifaschismus
der Partei DIE LINKE

EUROPA

Rebellischer Wahlkampf mit Kritik und Angeboten

Europawahl im Mai: Warum DIE LINKE wählen?

Um alle Fallstricke der Europapolitik auszubreiten und darüber mit Wählerinnen und Wählern ins Gespräch zu kommen, gibt es viele Möglichkeiten. Es gibt leider noch immer viele Menschen, die es rund heraus ablehnen, dass EU-Politik sie überhaupt etwas angeht und die dann oft staunen, wie viel unser Alltag von europäischer Politik geprägt wird, ob von der Wasserrahmenrichtlinie bis zu den Roaming Gebühren. Ahnen tun viele, dass da allerhand schief läuft. Es ist eine große Aufgabe an jedem Infotisch und in jeder Veranstaltung, zu erklären, warum es sich DIE LINKE auf ihre Fahnen schreibt, die deutsch-französische Aufrüstungsstrategie zu stoppen. Dies muss man im Dialog bewältigen, will man Bürgerinnen und Bürger für ein Europa, das wir von Grund auf ändern wollen, begeistern.

Dafür hatte ich in den vergangenen vier Jahren ein Rezept, das funktioniert: Im Europawahlkampf muss neben der aktuellen EU-Politik auch die Bundesregierung vorgeführt werden, die mit ihrer Exportpolitik und den Blockaden bei der Steuertransparenz schon lange eine üble Rolle in der EU spielt. So wie andere Länder bei der Aufnahme von Flüchtenden, bremst auch Deutschland in vielen wichtigen Fragen dringende europäische Lösungen aus.

Andererseits dürfen wir die Gefährlichkeit der Neuen Rechten nicht unterschätzen. Sie sind es, die vom absurden Krisenmanagement der EU nach 2008 profitieren. Sie greifen längst ganz unverhohlen den kulturellen Austausch, freie Medien und Frauenrechte europaweit an.

Es gibt viele Gründe, bei den Europawahlen für DIE LINKE zu stimmen. Seit drei Jahren setzen wir

uns u. a. dafür ein, dass es vernünftige Ausnahmen vom Urheberrecht auf europäischer Ebene gibt. Wenn Menschen uns wählen sollen, dann braucht es neben der Kritik und unseren grundlegenden Positionen letztlich auch genaue und konkrete Vorschläge, was wir wie und mit wem ändern wollen. Viele dieser Vorschläge stehen im Europawahlprogramm. Und da geht es um ganz Grundsätzliches, denn wir brauchen keine Rüstungsforschung in den Regional- und Strukturfonds der EU. Ebenso wenig wollen wir ein Schuldenbremsendiktat für die EU-Mittelvergabe in den Regionen. Dass genau das jetzt Parlamentsposition ist, ist ein echter Erfolg, nur: Wir brauchen Druck, dass dies auch die Verhandlungen mit der Kommission und den Mitgliedsländern überlebt. Also müssen wir mit vielen Menschen gemeinsam Druck machen, nicht nur im Wahlkampf, sondern auch darüber hinaus: Für ein friedliches, weltoffenes, demokratisches und solidarisches Europa!

Martina Michels,
MdEP

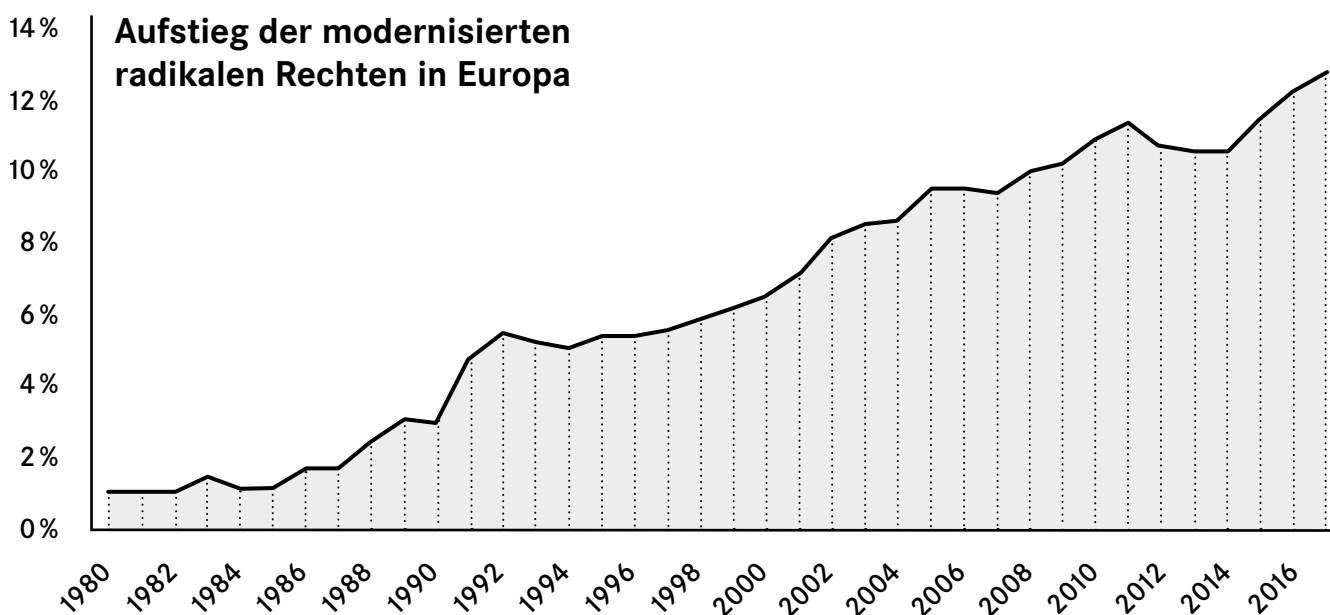


Angriff von rechts

Die radikale europäische Rechte befindet sich weiter auf dem Vormarsch und möchte bei den anstehenden Wahlen Europa übernehmen

Eine empirische Studie zur politischen Entwicklung in Europa aus dem Jahr 2017 veranschaulicht, was spätestens seit Brexit und Trump-Wahl in aller Munde ist: den steilen Aufstieg einer modernisierten radikalen Rechten, häufig unter dem Schlagwort »Rechtspopulismus« behandelt, die sich in Europa zur dritten politischen Kraft neben Konservatismus und Sozialdemokratie

entwickelt hat. In einem Zeitraum von zwanzig Jahren, zwischen 1997 und 2017, hat diese Rechte in den jeweiligen nationalen Parlamenten im Schnitt einen Stimmenzuwachs von 8 auf rund 15 Prozent erzielt. In einzelnen Ländern ist sie inzwischen auf dem Status von Volksparteien angekommen und steht in Regierungsverantwortung.



(Quelle: A.J. Heinö et. al., Authoritarian Populism Index 2017, Stockholm 2017)

Alle politischen Beobachter gehen davon aus, dass sich dieser rechte Aufstieg bei den Europawahlen 2019 fortsetzen wird und zu einem dramatischen Gewinn für die europäische Rechte führen kann. Dies vor allem deshalb, weil Parteien dieses Typs insbesondere in den bevölkerungsreichen EU-Mitgliedsstaaten auf dem Vormarsch sind. Die Lega könnte bei der Europa-

wahl zur stärksten Partei in Italien werden und auch der AfD wird ein deutlich besseres Ergebnis als die bei den letzten Wahlen erzielten 7 Prozent zugetraut. Der Ressemblement National (RN, vormals Front National) von Marine Le Pen dürfte von der enormen Vertrauenskrise der Regierung Macron profitieren, womit allein aus den drei EU-Kernländern Frankreich, Italien

und Deutschland starke Gruppen der Rechten nach Brüssel entsandt würden.

Lega-Chef Matteo Salvini hat bei diesem Aufstieg der Rechten inzwischen die Rolle des Koordinators und Anführers übernommen. Mit Marine Le Pen wurden bereits klare Absprachen für eine gemeinsame Fraktion im EU-Parlament getroffen und nichts deutet darauf hin, dass sich die AfD einem solchen Bündnis verweigern könnte, zu dem sicherlich auch die österreichische Regierungspartei FPÖ zu zählen ist. Gegenwärtig versucht Salvini auch mit Viktor Orbans FIDESZ in Ungarn und der PiS aus Polen entsprechende Absprachen zu treffen. Vor diesem Hintergrund scheinen die Gerüchte, Salvini wolle sich als Kandidat für den EU-Kommissionspräsidenten aufstellen lassen, nicht völlig aus der Luft gegriffen. Eindeutig will die Rechte die EU-Wahlen zum Zentralangriff auf die EU nutzen und tritt mit dem Ziel an, stärkste Fraktion, mindestens aber vor der Sozialdemokratie zweitstärkste Fraktion im EU-Parlament zu werden.

Die radikale Rechte profitiert dabei von einer neoliberal grundierten EU, die in den Augen zahlreicher Bürgerinnen und Bürger immer deutlicher zum Elitenprojekt aus Wirtschaft und Politik geworden ist und gegenwärtig keinerlei Aussichten auf ein soziales, egalitäres Europa bietet. Die Exekution der griechischen Linksregierung 2015 war der offensichtlichste Beleg dafür, dass diese EU nicht gewillt ist, den Weg der Austerität, des Sozialdumpings, des Wettbewerbs nach unten zu verlassen. Selten hat sich die häufig getroffene Aussage – der Aufstieg der Rechten ist Ausdruck der Schwäche der Linken – so bewahrheitet, wie in den Folgen der EU-Finanzkrise seit 2015. Denn heute ist es die radikale Rechte, die gegen eine »wilde Globalisierung« wettert, gerechte Löhne, Arbeiterrechte und soziale Umverteilung fordert. Diese Entwendung linker Begriffe und Forderungen ist auch deshalb ein Hohn, weil die Rechte dort, wo sie in Regierungsverantwortung ist, zumeist das genaue Gegenteil betreibt und die Umverteilungspolitik von unten nach oben munter fortsetzt. Die Gesetze zur Ausweitung der Arbeitszeiten in Österreich und Ungarn aber auch die Steuererleichterungen, die die Lega ihrer Klientel der Klein- und Mittelunternehmen spendiert, bezeugen dies. Überdies hat eine Partei wie die Lega über zwanzig Jahre als Teil der diversen Regierungen Berlusconi aktiv die neoliberale Ausrichtung der EU mitgestaltet und schafft es dennoch, sich heute als Kritiker ebene dieses eigenen Produkts darzustellen.

Gemeinsamkeiten und Differenzen der europäischen Rechten

Zentrales und einigendes Thema der Rechten ist die Abwehr weiterer Zuwanderung und der positive Bezug auf eine »Festung Europa«. Ethnopluralismus, d. h. die Vorstellung kulturell homogener Nationalstaaten und die Abwehr vor allem »kulturfremder« Zuwanderung und Nationalismus – versteckt hinter dem Stichwort »Europa der Vaterländer« – sind die ideologischen Klammern einer ansonsten in vielen Punkten völlig heterogenen und gegensätzlichen radikalen Rechten. Einigkeit besteht vor allem in der negativen Abgrenzung zur bestehenden EU: keine weitere Vertiefung, Rückholung von Entscheidungskompetenzen auf nationalstaatliche Ebene, Abschottung der Außengrenzen. Uneinigkeit bis in die einzelnen Parteien hinein besteht in der Frage des Austritts aus der EU. Während Le Pen ihre harte Austrittsrhetorik abgemildert hat, will die AfD eine Volksabstimmung über den »Dexit«, wenn sich die EU nicht in absehbarer Zeit radikal ändern sollte. Während die AfD aus dem Euro als Währung aussteigen will, sehen das die Lega und auch der Ressemblement National anders. Auch in der außenpolitischen Orientierung, z. B. dem Verhältnis zu Russland, liegen zwischen Lega, RN und AfD, die sich alle positiv auf Putins Russland beziehen, und z. B. der PiS in Polen Welten. Das vom ungarischen Ministerpräsidenten Orban benannte Ziel einer »illiberalen Demokratie« ist eine weitere ideologische Klammer der modernisierten radikalen Rechten in Europa. Diese Form eines »autoritären Nationalradikalismus«, wie es der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer nennt, ist über die Grenzen Europas hinaus auf dem Vormarsch (USA, Brasilien etc.). Mit Stephen Bannon hat sich einer der prominentesten frühen Wegbegleiter von US-Präsident Trump die Europawahl 2019 als nächstes Schlachtfeld seiner Mission einer globalen Rechtsverschiebung auserkoren. Mit seiner Stiftung »The Movement« versucht Bannon die europäische Rechte zu unterstützen und seine Kampagnenerfahrung einzubringen. Treffen mit Alice Weidel, Marine Le Pen, Matteo Salvini und auch Viktor Orban gab es 2018, allerdings will man jeden Eindruck vermeiden, der rechte Einigungsprozess in der EU sei aus den USA gesteuert.

Für eine radikale und sozialistische Linke kommt es entscheidend darauf an, dem Gegensatz einer affirmativen Verteidigung dieser EU und der autoritären Zerstörung der EU von rechts eine Alternative von links entgegenzustellen. Aus der Falle eines »pro-

gressiven Neoliberalismus« der EU-Eliten und ihrer Anhänger*innen kann man sich nicht mit Anleihen aus dem Besteckkasten der »illiberalen Demokratie« befreien, sowenig eine radikale Linke auf fundamentale Kritik an der neoliberalen Ausprägung der EU verzichten kann. Nur die Perspektive eines sozialen, inklusiven Europa von unten kann die Antwort sein.

Gerd Wiegel ist ein deutscher Politologe, Publizist und Autor. Er arbeitet als Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus für die Linksfraktion im Deutschen Bundestag.

»Was interessiert mich denn Cottbus?«

In dem Heft werden die Dynamiken rechter Formierung am Beispiel des Vereins Zukunft Heimat untersucht. Gleichzeitig wird die Rolle der verschiedenen Akteure in der Cottbuser Stadtgesellschaft miteinbezogen.

*»Was interessiert mich denn Cottbus?«
Dynamiken rechter Formierung in Südbrandenburg:
der Verein Zukunft Heimat.
Herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
und dem Aktionsbündnis gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit,
87 Seiten, DIN A5, Potsdam 2019.*

**[www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de/
was-interessiert-mich-denn-cottbus](http://www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de/was-interessiert-mich-denn-cottbus)**

Bestellungen und Download unter:
[www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de/produkt/
was-interessiert-mich-denn-cottbus](http://www.aktionsbuenndnis-brandenburg.de/produkt/was-interessiert-mich-denn-cottbus)



Wulf D. Hund zeigt, warum Rassismus als soziales Verhältnis begriffen werden muss: er erlaubt Mitgliedern herrschaftlich strukturierter Gesellschaften, sich trotz sozialer Schichtung und ungleicher Verteilung von Ressourcen als zusammengehörig zu betrachten. Dazu bedarf es der Ausgrenzung. Sie hat im Verlauf der Geschichte

der Klassengesellschaften unterschiedliche Formen angenommen. Dabei wurden rassistisch konstruierte Andere als Barbaren, Unreine, Verdammte, Wilde, Farbige oder Minderwertige diskriminiert. Der Autor verdeutlicht die unterschiedlichen Modi der damit verbundenen Prozesse von Aufwertung durch Abwertung und zeigt die unterschiedlichen Verbindungen, die diese im Verlauf der Geschichte eingingen. Anschließend beleuchtet er die diversen Spielarten von Rassismus im Verlauf der deutschen Geschichte und behandelt dessen antisemitische, antimuslimische, antislawische, antiziganistische, koloniale und eugenische Varianten. Außerdem werden Probleme und Perspektiven des Antirassismus angesprochen. Dessen Geschichte ist so alt wie der Rassismus, zeigt unterschiedliche Tendenzen und ist keineswegs widerspruchsfrei.

*Wulf D. Hund
Rassismus und Antirassismus
PapyRossa Verlag, 143 Seiten*



Der Kleine Buchladen im Karl-Liebknecht-Haus
Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin, Tel. 24724683
E-Mail bestellung@kleinerbuchladen.de
www.kleinerbuchladen.de

»Der Kleine Buchladen besorgt und verschickt jedes lieferbare Buch.«

Zur Diskussion: Wider den Zeitgeist. Die Linke bewahren

Während der Proteste im Hambacher Forst wurde eine um einen Baum sitzende Gruppe junger Menschen interviewt. Sie würden, so sagten sie, hier sitzen bleiben, bis sie abgeräumt werden. Friedlich. Wogegen sich ihr Protest richte, fragte der Journalist. »Gegen den Kapitalismus, die RWE und die Umweltzerstörung«, lautete die Antwort. In diesem Land gibt es wieder ernst zu nehmende progressive Bewegungen. Denken wir nur an die 240.000 Menschen, die am 13. Oktober gegen Nazis auf die Straße gingen. Denken wir an etliche andere Aktionen gegen Rechts. Denken wir an massenhafte Solidaritätsbekundungen für Flüchtlinge, etwa die der Seebücke, oder an »We'll Come United« in Hamburg, »Ausgehetzt« in München oder »Wir sind mehr« in Chemnitz. Denken wir an die Zehntausende, die gegen die Verschärfung von Polizeigesetzen demonstrieren. Denken wir an die großen Proteste am 8. Juli 2017 gegen den G20-Gipfel in Hamburg, an Demonstrationen gegen steigende Mieten und gegen andere soziale Grausamkeiten. Und: Die Anzahl der Menschen nimmt zu, die in den kapitalistischen Verhältnissen Ursachen für die Probleme sehen, dertwegen sie auf die Straße gehen. Die einzige in den Parlamenten vertretene Partei, die hier anknüpfen kann und muss, ist DIE LINKE. Nur sie hat einen antikapitalistischen Anspruch. Auch wenn manche ihrer Repräsentanten darüber nicht so gerne reden. Denn Antikapitalismus wird hierzulande gerne gleichgesetzt mit Mangel an Politikfähigkeit. Wir meinen: Politikfähigkeit heutzutage bedeutet, aufzuklären über die gesellschaftlichen Ursachen all der Ungeheuerlichkeiten, die zunehmend die Zivilisation begleiten und letztlich gefährden. Politikfähigkeit heutzutage setzt unabdingbar Antikapitalismus voraus. Wir sollten die Losung der französischen Kommunisten übernehmen: »Der Planet brennt, die Völker leiden, und das Kapital frisst sich voll.« Die antikapitalistische Stoßrichtung der Proteste in Frankreich macht Hoffnung und unsere solidarischen Wünsche gelten der Linken dieses Landes. Nur sie kann verhindern, dass die neue französische Bewegung von den Rechten vereinnahmt wird. Das ist

ein Prozess und auch Bernd Riexinger sollte keine vorschnellen Urteile darüber abgeben.

Am 13. August 2018 dokumentierte die »junge Welt« einen Offenen Brief des kürzlich verstorbenen ägyptischen Wirtschaftswissenschaftlers Samir Amin. Er schreibt: »Der globale Kapitalismus, der in seine Niedergangsphase eingetreten ist, verbindet eine gleichsam totalitäre ökonomische und wirtschaftliche Macht mit einer immer größeren Aggressivität und verschärft in beunruhigender Weise das Risiko eines allgemeinen Krieges. In dieser zugespitzten Krise wollen die imperialistischen Länder des historischen Westens (USA, Westeuropa, Japan) den Schwellenländern nicht gestatten, sich aus dem Rahmen zu befreien, den sie diesen auferlegt haben, und den Status einer unterdrückten Peripherie zu verlassen. Die Spannung zwischen dem Westen und Russland, China und dem Iran ist keine flüchtige Erscheinung, sondern das Epizentrum einer neuen gewaltsamen Aufteilung der Welt zugunsten der westlichen Bourgeoisien. Unsere Antwort darauf als Emanzipationsbewegungen der Völker entspricht nicht dieser Gefahr. Unsere Kämpfe zerfasern, sind bruchstückhaft oder zu sehr auf nationale Fragen konzentriert. Wir haben das Ziel einer globalen Umgestaltung fallengelassen, ... selbst das Ziel der Beseitigung des Kapitalismus ist nicht präsent, obwohl mehr und mehr sichtbar wird, dass dieses System die Menschheit in ihren Untergang führt.«

Ausgehend von dieser Lagebeschreibung fordert Samir Amin den Aufbau einer Gegenmacht auf globaler Ebene; die Revitalisierung des marxistischen Internationalismus. Er fordert eine neue Organisation vom Typ einer Internationale der Arbeiter und der Völker. Letzteres klingt utopisch und ist es gegenwärtig wohl auch – was nicht heißt, dass eine solche Zielstellung nicht dennoch formuliert werden muss. Sehr heutig hingegen ist Amins Forderung nach einem marxistischen Internationalismus. Ohne diesen gibt es nicht mehr die Spur einer Chance. Der Internationalismus unserer Tage ist undenkbar ohne die Aufklärung darüber, dass das kapitalistische System der Menschheit keine historische Perspektive mehr bieten kann und dass gerade im hun-

dersten Jahr der Novemberrevolution Luxemburgs Worte aktueller sind denn je: »Sozialismus oder Barbarei«.

... man darf den Russen glauben, dass sie es ernstnehmen

Im Kampf gegen die Barbarei gibt es gegenwärtig keine wichtigere Aufgabe als das Ringen um den Weltfrieden. Davon zeugt auch jüngst wieder die Ankündigung Trumps, aus dem INF-Vertrag auszusteigen. Die daraus über kurz oder lang resultierende Stationierung von landgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen würde aufgrund extrem verkürzter Vorwarnzeiten die Gefahr eines Atomkrieges in Europa wesentlich erhöhen.

Ein anderes Beispiel von vielen: Am 8. Oktober 2018 hat die deutsche Luftwaffe eine weitere Kriegsübung über Deutschlands Nordosten und den angrenzenden Seegebieten gestartet. Im Mittelpunkt steht auch hier – anderen NATO-Manövern, z. B. in Norwegen, gleich – ein etwaiger militärischer Konflikt in Osteuropa. »Man wolle testen, ob »der Standort Laage« bei Rostock auf einen Waffengang im Osten vorbereitet sei, erklärte der zuständige Geschwader-Kommandeur.« Es ist unglaublich, im 75. Jahr der Schlacht von Stalingrad solche Worte von einem deutschen Offizier zu hören. Aber es ist wahr. Es ist unabdingbar, den Friedenskampf im bevorstehenden EU-Wahlkampf zum zentralen Thema zu machen. Das schließt die Entlarvung des aggressiven NATO-Pakts unter Führung der USA ebenso ein wie die Forderung nach der Wiederherstellung vernünftiger Beziehungen zu Russland. DIE LINKE darf, gerade auch im Zusammenhang mit den Vorkommnissen im Asowschen Meer, keinerlei Zweifel daran aufkommen lassen, wo sie in der Russlandfrage steht. Auch deshalb müssen zu diesem Thema auf dem LINKEN-Parteitag in Bonn im Februar 2019 Beschlüsse gefasst werden, die der Grundstimmung an der Parteibasis entsprechen. Die vorherrschende Russophobie, die auch manchen Protagonisten unserer Partei nicht unbeeinflusst lässt, darf bei uns keinen Platz finden. Der von den Mainstream-Medien unverhohlen propagierte Russlandhass zeugt von Geschichtsvergessenheit und ist brandgefährlich. Russlands Präsident Putin hat die Verhinderung des Dritten Weltkrieges zur Hauptaufgabe der Politik erklärt. Und man darf den Russen glauben, dass sie es ernst meinen. Keine sowjetische Familie blieb im Zweiten Weltkrieg ohne Opfer. Führen wir uns kurz vor Augen, wie die US-Administration und US-amerikanische Spitzenpolitiker mit dem Thema Krieg umgehen.

Die sogenannten Verteidigungsausgaben im kommenden US-Haushalt betragen 637 Milliarden US-Dollar.

Der Militäretat der NATO-Staaten betrug 2017 etwa das Vierzehnfache dessen der Russischen Föderation. Aber es ist nicht »nur« die materielle Wucht der unter US-amerikanischer Führung laufenden Kriegsvorbereitungen, die ein Horrorszenario darstellt. Es ist nicht minder die Ideologie jener, die die Hand am Drücker haben. Und da ist nicht nur Trump gemeint. Der über reichlich Kriegserfahrungen verfügende sogenannte US-Verteidigungsminister Mattis äußerte sich 2005, befragt nach seinen Motiven für seine Kampfeinsätze im Irak und in Afghanistan: »Es macht Spaß, ein paar Leute zu erschießen. Du gehst nach Afghanistan und gerätst an Leute, die ihre Frauen fünf Jahre lang verprügeln, weil sie sich nicht verschleiern haben. Solche Leute sind ohnehin keine richtigen Männer mehr. Also macht es unheimlich viel Spaß, sie zu erschießen.«

Jeder nachdenkliche Mensch versteht: Äquidistanz ist absolut fehl am Platze. Das müssen wir auch in den bevorstehenden Debatten in Vorbereitung der Wahlen zum EU-Parlament deutlich machen.

Grundlegende Revision des EU-Primärrechts erforderlich

Nicht zuletzt in Anbetracht der rasanten Aufrüstungsschritte in der EU – auch Merkel hat sich nun im EU-Parlament für die Bildung einer europäischen Armee ausgesprochen – ist die Frage nach der Stellung unserer Partei zur Europäischen Union gerade in den kommenden sechs Monaten von zentraler Bedeutung.

In unserem 2011 beschlossenen Parteiprogramm, dessen Revision von namhaften Vertretern des fds am Vorabend des Leipziger Parteitages verlangt wurde, wird die Frage gestellt: »Wie wollen wir die EU grundlegend umgestalten?«. »Die EU«, so heißt es im Programm, »braucht einen Neustart mit einer vollständigen Revision jener primärrechtlichen Grundelemente der EU, die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind.« Diese Formulierung ist faktisch der Kern der im Parteiprogramm bezogen auf die EU erhobenen Forderungen und entwickelten Vorstellungen.

Damit könnten wir uns auch heute noch identifizieren, ja diese Forderungen und Vorstellungen sind heute aktueller denn je. Was in der LINKEN fehlt, davon zeugt auch der momentane Entwurf des EU-Wahlprogramms, ist die profunde, klassenbezogene Analyse der Verfasstheit der EU. Anstelle dessen werden Mythen gepflegt. Die Gründung der EU sei eine Schlussfolgerung aus den mörderischen Weltkriegen gewesen. Diese Schlussfolgerungen und die ihnen innewohnenden Werte würden gerade verraten. Wir sagen: Die EU und deren Vorläu-

fer waren nie ein Friedensprojekt, sondern vor allem als Konkurrenzunternehmen zu den ehemals sozialistischen Staaten in Europa gedacht. Das bestätigte jüngst der Präsident des EU-Parlaments Tajani, der die Existenz der EU als Grund für »den Sieg über den Kommunismus in Europa« benannte. Und was das angebliche Friedensprojekt betrifft: Der Jugoslawienkrieg bezeugte schnell nach dem Untergang des europäischen Frühsozialismus den zunehmend imperialistischen Charakter der EU.

Gerade weil – wie wir meinen – der Charakter der EU vorwiegend reaktionär ist, wird mit vollem Recht angezweifelt, ob die Forderung nach einem Neustart, samt neuer Verfassung, überhaupt realistisch sei. Aber wenn nicht – was ist dann realistisch? Eine nicht zuletzt von der europäischen Rechten gepriesene Rückkehr zu mehr Nationalstaatlichkeit? Und wenn dies eine Alternative wäre, wäre die dann eher links oder doch eher rechts? Die Antwort ergibt sich doch wohl aus der uns allen bekannten Situation. Denken wir nur an die kürzlich in Vorbereitung der Wahlen zum Europäischen Parlament von Italiens Lega-Chef Salvini und der französischen Rechten Le Pen geschmiedeten faschistischen Allianz. In diesem Kontext erklärte Salvini: »Ein Austritt aus dem Euro steht nicht auf der Tagesordnung«. Es gehe um den »Aufstieg eines Europas der Nationen«. Sie wollen, wie auch die AfD und andere faschistoide Kräfte in der EU, die volle Bewegungsfreiheit für das Kapital unter nationalistischer Flagge. Denn sie benötigen das Völkische ebenso wie den Rassismus – zur totalen Verneblung der Klassenfrage. Wären also rechts ausgerichtete Nationalstaaten ein Fortschritt im Vergleich zu einer rechts ausgerichteten EU unter dann unvermeidlich deutscher Vorherrschaft? Oder umgekehrt? Es ist doch wohl die Wahl zwischen Pest und Cholera. Müssen, ja dürfen wir uns als Linke an dieser beteiligen? Wohl kaum.

Anstelle der Mitwirkung an Pseudodebatten gilt es, Haltung zu zeigen. Die beginnt mit einer marxistischen Einschätzung der EU, so wie sie Professor Gregor Schirmer am 19.11.2018 in der jungen Welt vornahm. Darin heißt es u. a.: »Ihrem gesellschaftlichen Charakter nach ist die EU eine monopolkapitalistische Organisation. ... Ihre Praxis in den internationalen Beziehungen muss man als imperialistisch bewerten. Die EU befindet sich seit einigen Jahren im Dauerzustand der Krise, ... Noch hält die EU diese Dauerkrise aus. ... Die arme »Peripherie« im Süden und Osten wird durch die exportstarken Konzerne des reichen »Kerns«, vor allem Deutschlands nieder-

konkurriert und deindustrialisiert. ... Ein »Neustart« der EU in Richtung auf ein soziales, friedliches und demokratisches und gerechtes Europa erfordert eine grundlegende Revision ihres Primärrechts.«

Damit, liebe Genossinnen und Genossen, wären wir wieder beim Parteiprogramm. Doch noch einmal Gregor Schirmer: »Ein Neustart kann nur erreicht werden, wenn in den Mitgliedsstaaten, vor allem in den mächtigen, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen erkämpft werden.«

Was heißt das für uns? Wir müssen wieder verstärkt antikapitalistische Politik machen, besonders im Zeitalter der Digitalisierung, deren soziale Folgen unter ungebremst kapitalistischen Verhältnissen nicht beherrscht werden.

In gegebenen Strukturen um gesellschaftlichen Fortschritt kämpfen

Zurück zur notwendigen Haltung. Uns geht es – von faschistischen Verhältnissen abgesehen – nicht darum, welchen kapitalhörigen Strukturen wir den Vorzug geben, sondern darum, den Kapitalismus und den Imperialismus zu entlarven, zu bekämpfen und letztlich zu überwinden. Natürlich ist dieser Kampf immer konkret und natürlich hat er seinen Ausgangspunkt in den konkreten Nationalstaaten. Doch das ist nicht damit zu verwechseln, im Ringen um soziale Verbesserungen oder den Frieden pauschal auf den Nationalstaat zu setzen. Ebenso wenig bringt das Gegenteil davon: Die Verklärung der EU als ursprünglich auf die Erhaltung des europäischen Friedens ausgerichtete, sogenannte Wertegemeinschaft. Um welche Art »Wertegemeinschaft« es sich handelt, zeigt eindringlich die mangelnde Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen – bei gleichzeitiger Bereitschaft, vor allem im Rahmen der NATO, Kriege zu führen, Waffen in Krisengebiete zu liefern und wirtschaftlich arme Länder bis aufs Blut auszubeuten, wie das dem griechischen Volk aufgezwungene Martyrium exemplarisch beweist. Das Ringen vieler Menschen in Griechenland um nationale Souveränität muss uns eines bedingungslos abverlangen: Die Solidarität der hiesigen LINKEN mit diesem vor allem durch das deutsche Kapital geschundenen Land. Über ihre politische Zukunft müssen die Völker selbst entscheiden. Die große Schwierigkeit für uns besteht in Folgendem: Dieses Recht auf Souveränität ist ebenso zu akzeptieren, wie wir die EU in ihrer jetzigen Verfasstheit ablehnen. Aber die Forderung nach einem allgemeinen Zurück zu mehr Nationalstaatlichkeit vernebelt die Klassenfrage eben-

so wie die Mystifizierung der EU, und sie brächte vermutlich auch keine nur halbwegs soziale und friedliche Lösung. Der Wunsch, mit einem Schritt zurück hinter eine einmal überschrittene historische Linie den Fortschritt zu befördern, ist wohl eher voluntaristisch. Also bleibt im Wesentlichen nur, in den gegebenen Strukturen um gesellschaftlichen Fortschritt zu kämpfen und den Vormarsch der europäischen Rechten zu stoppen. Das wird nicht gelingen, wenn wir uns ihrer Demagogie annähern. Und noch etwas: Auf einer von der AKL organisierten Podiumsdebatte über die Sammlungsbeziehung Aufstehen am 11. September 2018 in Berlin sagte einer der Initiatoren von Aufstehen, Genosse Ralf Krämer, dass alle sozialen Errungenschaften bisher im Rahmen des vielgescholtenen Nationalstaates durchgesetzt worden sein. »Übernational findet das nicht statt, da gibt es keine Demokratie und keinen Sozialstaat«, betonte er. Und im »durchschnittlichen Bewusstsein« gebe es nun mal den Wunsch nach einem Sozialstaat im Stil der früheren SPD-Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt. Es funktioniere wohl kaum, so Ralf Krämer, das Kommunistische Manifest oder Das Kapital von Karl Marx auf der Straße zu verteilen »wie islamistische Bewegungen den Koran«. Mit Letzterem stimmen wir überein, nicht nur wegen der drei Bände des Kapitals. Im Zusammenhang mit der Erinnerung an Brandt und Schmidt möchten wir darauf verweisen, dass beide agierten, als es in Europa noch den frühen Sozialismus gab, der trotz seiner Schwächen dem Kapital schon ein sozialeres und friedlicheres Verhalten aufzwang, als es dessen eigentlicher Natur entspricht. Damit ist es nun vorbei. Das hat primär mit dem fehlenden nichtkapitalistischen Korrektiv zu tun und nur sekundär mit Nationalstaat oder EU. Die Agenda 2010 war doch wohl ein deutsches Produkt. Und die rigiden Polizeigesetze, gegen die so viele Menschen auf die Straße gehen, sind auch keine EU-Maßgaben.

Hauptkettenglied erkennen und ergreifen

Nichts hat sich an der Aktualität der von Lenin vor hundert Jahren getroffenen Feststellung geändert: »Das Kapital ist eine internationale Kraft. Um sie zu besiegen, bedarf es des internationalen Bündnisses der Arbeiter ...« Im hundertsten Jahr der deutschen Novemberrevolution, der Gründung der KPD, im Wissen um die bedeutenden Siege im Kampf gegen den Kapitalismus und zugleich im Wissen um die fundamentale Niederlage des europäischen Sozialismus ist uns bewusst, welcher steiniger Weg vor uns liegt, und dass wir nicht wissen kön-

nen, ob wir unser Ziel erreichen. Aber – wir dürfen uns in diesem System nicht einrichten.

Wenn diese Sichtweise zutreffend ist, dann gibt es keinen Grund, den EU-Teil des Parteiprogramms prinzipiell in Frage zu stellen, denn die dort fixierte Richtung, in die gekämpft werden muss, entspricht den Notwendigkeiten. Und nur im Kampf macht man die Erfahrung, wie weit man kommt. Ist dabei, wie es immer wieder geschieht, eine faktische Orientierung auf eine Art Rückkehr zum Rheinischen Kapitalismus eine taugliche Orientierung? Wir meinen, eine solche Orientierung wäre voluntaristisch. Es sei wiederholt, weil es kaum noch gesagt wird: Eine Grundvoraussetzung für die Existenz des Rheinischen Kapitalismus war die Existenz der europäischen sozialistischen Staaten. Die zwangen dem europäischen Kapitalismus eine gewisse Attraktivität auch für die sogenannten kleinen Leute auf. Es stellt sich doch zwangsläufig die Frage, warum ausgerechnet seit 1990 im Kapitalismus zustande gekommene, prinzipielle soziale Errungenschaften sukzessive den Bach runtergehen und im Gefolge dessen sich die Rechten einer Schwemme gleich ausbreiten. Und nicht minder stellt sich die Frage, warum Kriege seither wieder zum politischen Alltag gehören.

Wir haben in ungezählten Diskussionen diese Fragen gestellt. Eine halbwegs überzeugende Antwort von jenen, die den heutigen Zustand der EU abstrakt und damit ahistorisch beklagen, bekamen wir nie.

Angenommen also, es stimmte, dass ohne den europäischen Sozialismus auch kein Rheinischer Kapitalismus denkbar war. Fordern wir dann – salopp gesagt – die Rückkehr zum Warschauer Vertrag gleich mit und zum Zwecke des sozialen Neustarts der BRD die Wiederherstellung der DDR? Die Absurdität dieser Überlegungskette liegt auf der Hand. Es gibt in der Geschichte eben kein einfaches Zurück. Natürlich hatte Lenin schon 1915 Recht in seiner Schrift »Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa«. Aber da gab es weder ihre Vorläufer noch die heutige EU. Nun ist diese EU aber da. Sie ist da, wie der Warschauer Vertrag nicht mehr existiert. Und Politik macht man nicht, indem man sich das eine weg- und das andere zurückwünscht. Politik macht man, indem man das Hauptkettenglied erkennt und ergreift. Und das ist heute der Kampf um die Verhinderung eines 3. Weltkrieges und der erneuten faschistischen Barbarei. Das ist heute der Kampf gegen absolute und relative Armut. Das ist heute der Kampf gegen Digitalisierung ohne soziale Rücksichten. Wir haben es nicht allein mit Arbeitsplatzabbau, sondern

auch mit Tendenzen zu schlechteren Arbeitsbedingungen, zu schlechterer Qualität der Produkte und zu noch stärkerer Belastung der Umwelt zu tun – im internationalen wie im nationalstaatlichen Rahmen. Auch wenn bezüglich der Digitalisierung gerne das Gegenteil behauptet wird. Unsere Aufgabe, das ist heute das Ringen um bestmögliche Bedingungen vor allem für Familien, insbesondere für deren Kinder und deren Bildung – für Bildung überhaupt. Das ist heute der Kampf um menschenwürdiges, bezahlbares Wohnen und die Chance auf Löhne und Gehälter, durch die die Gefahr von Altersarmut gebannt wird. Das ist heute der Kampf gegen die Zweiklassenmedizin und für ein Alter in Würde, bestmögliche Pflege inklusive. Das ist heute der Kampf um den Erhalt der verbliebenen Reste der bürgerlichen Demokratie. Dieser alltägliche Kampf kann Fortschritte erbringen und muss zugleich an die Grenzen des Systems stoßen. Das ist die untrennbare Verbindung zwischen den tagespolitischen Kämpfen und dem Antikapitalismus und Antiimperialismus. Alles andere, um abgewandelt an Rosa Luxemburg anzuknüpfen, ist Quark.

Solidarität und Internationalismus – unverzichtbare Größen

Der Kampf um Frieden und gegen Faschismus ist untrennbar mit der Zurückweisung jeglicher Form von Rassismus verbunden. Die KPF hat sich seit 2015/2016 dazu mehrfach sehr prinzipiell öffentlich geäußert, so auch mit der Erklärung vom 26. Februar 2018 »Der Osten – im Prekären eingerichtet? Die KPF zum Aktionsplan Ost.« Wir möchten – weil sie sehr deutlich macht, wie umstritten bestimmte Grundsätze unter Linken derzeit sind – aus einer Reaktion auf diese Erklärung zitieren.

»Nicht ihr, liebe Genossen«, ... habt »in dieser Frage (gemeint ist das sogenannte Flüchtlingsproblem) »das Ohr an der Volksmasse«. Auch der Begriff »Modernisierungsverlierer(in)« trifft es doch gar nicht, ..., fast alle haben PCs, Handys etc., nutzen das Internet – es sind auch nicht einfach »Kapitalismusopfer«, sondern wohl eher spezifische »Opfer der kapitalistischen Restauration in der DDR, gerade in der folgenden Phase der immer weiteren Öffnung gegenüber den Weltmärkten ... »Refugees welcome« geht nicht. ... »No borders anymore« ist die Hoffnung des weltweit vagabundierenden Kapitals, nicht die der Arbeiter und weiteren Werktätigen.«

»Klar:«, so der E-Mail-Schreiber weiter »Für Asylbewerber, für Kriegsflüchtlinge – zunächst für die Dauer der Repression oder des Krieges im Heimatland – muss die »Einwanderung« möglich sein, wenn auch vielleicht

nicht die »Weiterwanderung« von einem in ein anderes Fluchtland; aber andererseits muss es für die Arbeitsmigration, speziell aus der Sahelzone, Regelungen und Begrenzungen geben, vor allem aber Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten in der Sahelregion selbst! Und unbedingt umfangreiche Hilfe für die Menschen in den Flüchtlingslagern entlang der syrischen Grenzen – das Geld ist ja da, es wird nur falsch eingesetzt. ... Lehnt ein Einwanderungsgesetz also besser nicht ab – »besser schlecht geregelt als gar nicht«. Es kommt darauf an, was man daraus macht.«

Soweit der Auszug aus der E-Mail. Haben diese Gedankengänge ihre Berechtigung? Wir meinen, das ist zu kurz gedacht. Wir müssen die Frage beantworten: Sind Solidarität und Internationalismus eventuell verzichtbare Größen? »Stopp«, würde uns jetzt vielleicht der E-Mail-Schreiber zurufen. »Niemand verlangt das. Es geht nur darum, Realitäten anzuerkennen. Stimmt es etwa nicht, dass die nicht durch die Flüchtlinge verursachten Probleme dennoch durch diese vertieft werden? Wollt ihr etwa behaupten, es sei gleich, ob 50.000 Flüchtlinge kommen oder eine Million? Wollt ihr etwa behaupten, die Forderung nach offenen Grenzen sei realistisch?«

Wir behaupten gar nichts. Bleiben wir bei der Forderung nach offenen Grenzen. In der PDS hieß es in allen Parteiprogrammen: Offene Grenzen für Menschen in Not. Das war eine sehr humanistische Forderung, wenn man davon ausgeht, dass Menschen, die nicht in Not sind, ihre Heimat wohl kaum verlassen wollen. Und wenn Perspektivlosigkeit und Hunger ebenso als Not verstanden werden wie Terror und Krieg.

2011 wurde dann das Programm der LINKEN beschlossen: Offene Grenzen für alle Menschen. Warum auch immer diese Verabsolutierung vorgenommen wurde: Um sie wurde nicht leidenschaftlich gestritten. Sie wurde beschlossen und in den Jahren bis 2015 war sie von keiner besonderen politischen Relevanz. Dann kam in einer uns wohl noch erinnerlichen Situation die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland in sehr großer Zahl und Merkels unbilanziertes »Wir schaffen das« – verbunden mit einer Willkommenskultur, die von den Medien ebenso befeuert wurde wie fünf Monate später die Hysterie um die Vorkommnisse auf dem Kölner Bahnhofsvorplatz in der Silvesternacht. Seither hat dieses mediale Trommelfeuer nicht aufgehört, reißt die Diskussion um die Flüchtlinge, Asylbewerber und ganz allgemein die Migranten nicht mehr ab, wenngleich seit 2016/17 nicht mehr annähernd so viele kommen, wie in dieser kurzen Zeit vom Sommer 2015 bis ins erste Halbjahr 2016.

Der CDU-Ministerpräsident von NRW, Armin Laschet, hat sich kürzlich so dazu geäußert: »Ich halte es jedenfalls für einen Fehler, auch aktuell wieder den Eindruck zu erwecken, die Migration sei das größte aller Probleme. Diese Analyse ist sachlich und politisch falsch ...« Wir ergänzen, sachlich richtig ist: Inzwischen wurde die Asylgesetzgebung brutal verschärft und für Seehofer als Innenminister trifft zu, was Shakespeare den Oberkämmerer Polonius im Gespräch mit Hamlet sagen lässt: »Ist dies schon Tollheit, hat es doch Methode.« Von dieser Entwicklung profitiert vor allem die AfD. Sie hat für alle Probleme in diesem Land das große Patentrezept: Weg mit den Fremden. Dann werden die Deutschen ihre Probleme schon lösen. Das Klima im Land wird zunehmend vergiftet. Ein wichtiges Indiz dafür ist, dass die AfD-Argumentationsmuster zunehmend von den bürgerlichen Parteien und den Medien sowohl übernommen als auch bedient werden. Wären völkische und rassistische Stimmungen nicht inzwischen eine Massenerscheinung, dann wäre die faktische Anbiederung an Rechtsaußen so nicht notwendig. Umso wichtiger war es, dass am 13. September 2018 allein in Berlin 240.000 Demonstranten gegen Rechts auf die Straße gingen.

Keine rechten Muster übernehmen

Jedliches hat seine Zeit. In einer Situation, wie der eben beschriebenen, fängt man keine Debatte über die geltende Formulierung im Parteiprogramm an. Tut man es dennoch, so ist das keine akademische Debatte, die es auf dem Programmparteitag 2011 weitgehend noch gewesen wäre, sondern eine Annäherung an den Zeitgeist. Muss man Verständnis dafür haben, dass sehr viele Hiesige – darunter ein beträchtlicher Teil des Mittelstandes – die Flüchtlinge als Konkurrenten betrachten? Sagen wir es mal so: Es ist erklärbar, dass eine solche Sicht existiert. Schon Hegel lehrte uns, das Bestehende zu begreifen, rechtfertigt es aber nicht einfach. Zu unterscheiden sei in ihm vielmehr, was vernünftig und damit notwendig sei, und was nicht. Wo wird den Menschen klipp und klar gesagt, wer ursächlich verantwortlich ist für die Probleme im Land? Das wären ja dann antikapitalistische, antiimperialistische, also vernünftige Antworten. Das wiederum wäre wider die Kapitalinteressen. Wie praktisch hingegen ist die Kanalisierung aller Unzufriedenheiten und Missstimmungen auf die Flüchtlinge. Also: Erklären zu können, warum das faschistische Gift nicht nur wirkt, sondern systematisch benötigt wird, bedeutet nicht, Verständnis aufzubringen für rassistische Stimmungen. Das ist noch nicht einmal primär eine Frage der Moral. Es ist

die Frage, was bei wem mehr Ängste erzeugt: Die zweifellose Vertiefung von existierenden Problemen durch die Notwendigkeit, Ressourcen für Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen, oder die rassistischen Stimmungen, die, anknüpfend an diese Probleme – bei Verschweigen der eigentlichen Ursachen – in immer größerem Maße erzeugt werden.

Diese Frage muss sich jeder beantworten, der sich zu den Linken zählt. Und die Antwort kann und darf nicht heißen, dass wir den Rechten ihren Einfluss entziehen, wenn wir auch nur im Entferntesten deren Muster übernehmen. Unsere Antwort ist klar: Die Welt ist aus den Fugen, weil der Kapitalismus nicht mehr in der Lage ist, eine Zivilisation, die den Namen auch verdient, zu erhalten. Die Jagd nach dem Profit – das unveräußerliche Prinzip kapitalistischer Daseinsweise – zerstört die Umwelt, produziert Waffen und Kriege und lässt die Schere zwischen Reich und Arm immer weiter auseinander gehen. Eine der Hauptfolgen dieser der Kapitalverwertung inwohnenden Destruktivität und des zunehmenden Chaos sind die zunehmenden Flüchtlingsbewegungen und ebenso die gezielte Abschaffung der bürgerlichen Demokratie unter der Flagge der Terrorbekämpfung. Die internationale Linke ist gegenwärtig nicht in der Lage, diese Entwicklung aufzuhalten. Schmerzhaft erleben wir das in diesen Monaten z. B. in Brasilien. Erfolgreich vereinigte der Faschist Bolsonaro fast die gesamte Wählerschaft des bürgerlichen Lagers auf sich. Deren traditionelle Parteien PSDB und MDB stürzten bei den Wahlen auf 4,7 und 1,2 Prozent ab. In den letzten Wochen vor den Wahlen hatten sich große Teile des brasilianischen Finanzkapitals und der Wirtschaftsverbände offen hinter seine Kandidatur gestellt. Mit harter Hand wolle er das Land säubern. Soziale Bewegungen werde er verbieten und die Mehrheit seines Kabinetts werde aus Militärs bestehen, so Bolsonaro, der offen die brasilianische Militärdiktatur verteidigt und sich für die Folter ausspricht. Das gleiche Schicksal sollen letztlich die Menschen in Kuba, Venezuela und Nicaragua erleiden. Ihnen gehört unsere Solidarität und wir fordern diese ebenso vom Parteivorstand und der Bundestagsfraktion der LINKEN ein.

Das uralte Prinzip: Teile und herrsche

Daran mitzuwirken, die Rechtsentwicklung aufzuhalten, ist eine unserer vornehmsten, unbeschreiblich schweren Aufgaben. Für den politischen Alltag ziehen wir daraus folgende Schlussfolgerungen:

1. Der Streit über offene Grenzen für alle Menschen ist letztlich unredlich. Die Debatte wird innerparteilich ent-

weder zum Zweck instrumentalisiert, jene moralisch zu disqualifizieren, die sagen, es könnten schließlich nicht alle kommen, oder zu dem Zweck, jenen mangelnden Realismus vorzuwerfen, die angeblich alle reinlassen wollen. Angeblich deshalb, weil so manche jener, die abstrakt alle reinlassen wollen, sehr konkret an Abschiebungen beteiligt sind. Erinnert sei hier nur an die Erklärung des Berliner Flüchtlingsrates über besonders brutale Abschiebungen am 6. Juni 2018. »Sieht so der von ›Rot-Rot-Grün‹ angekündigte Paradigmenwechsel in der Abschiebepolitik aus?«, wird in der Erklärung gefragt. Nein – es geht in diesen Debatten nicht nur um Flüchtlinge. Es geht um die Instrumentalisierung des Themas.

2. Das ist unerträglich, wenn wir uns vor Augen führen, worum es für ungezählte Menschen in ihrem Alltag geht. In der jungen Welt vom 11. August 2018 schreibt Gerhard Feldbauer über einen Streik der Erntehelfer in Italien und dessen Folgen. Die Vorfälle zeigten, wie Migranten in Süditalien unter menschenunwürdigen Bedingungen schufteten müssten und wie Sklaven gehalten würden. In Apulien müssten die vor allem aus Afrika, aber auch aus Polen, Bulgarien und Rumänien stammenden Erntearbeiter unter der sengenden Sommerhitze von über 40 Grad Celsius bis zu zwölf Stunden täglich schufteten. Sie lebten in Elendsquartieren ohne fließendes Wasser und Toiletten, hätten keinerlei gesundheitliche Betreuung, seien Gewalt, die Frauen sexuellen Belästigungen, ausgesetzt. Die meisten seien einem »Caporalato« genannten mafiösen System organisierter Schwarzarbeit unterworfen. Sie verdienen oft kaum mehr als einen Euro pro Stunde, während der Tariflohn das Sechsfache betrüge. Zudem würde den Arbeitern noch ein Teil des Einkommens als Miete für die Elendsunterkünfte abgezogen. Die Zahl der so ausgebeuteten Landarbeiter würde allein in Apulien auf etwa 100.000 geschätzt.

3. Dieses Beispiel verdeutlicht schulbuchmäßig den Zusammenhang zwischen extensiver Ausbeutung, die stets Lohndrückerei nach sich zieht, und daraus resultierend in Teilen der einheimischen Bevölkerung die Ablehnung derer, die am meisten geknechtet werden. Es wird den weniger Unterdrückten eingeredet, die noch Elenderen seien schuld, wenn auch ihre Lage stetig schlechter wird. Es ist das uralte Prinzip der Besitzenden: Teile und Herrsche. Das Prinzip wird bedient durch die kapitalistische Praxis und die neoliberale Ideologie, die stetig mit der faschistoiden verschmilzt. Die Medienkonzerne sind in erster Reihe mit von der Partie. Ist

es in diesem Kontext eine sinnvolle linke Forderung, Arbeitsmigration abzulehnen, weil sie Konzerninteressen bedient? Wir jedenfalls schließen uns dieser Forderung nicht an. Nicht etwa, weil es nicht stimmte, dass Konzerninteressen bedient werden, sondern weil wir Konzerninteressen gleich noch einmal bedienten, entzögen wir den Ärmsten der Armen unsere Solidarität. Unsere Losung muss bleiben: Ausgebeutete aller Länder vereinigt Euch! Zu keinem Zeitpunkt dürfen wir reaktionäre Stimmungen bedienen, auch nicht mit scheinbar stimmigen Argumenten. Einige wenige Beispiele sollen verdeutlichen, was wir meinen: Natürlich gibt es unter Hartz-IV-Bezieher*innen Menschen, die faul sind. Warum sollte es nur unter den Kuponschneidern Faule geben? Doch wir kämen hoffentlich nicht einmal im Traum auf die Idee, Hartz-IV partiell zu befürworten. Oder – eine ganz andere Ebene: Wir sind gegen die Todesstrafe, auch wenn wir sicher kein Problem damit haben, dass Höß in Auschwitz gehenkt wurde. Aber – in dieser Frage Konzessionen zu machen bedeutet, der Todesstrafe als juristisches Prinzip den Weg zu bahnen. Also lehnen wir sie generell ab. Das Gleiche gilt für unser Verhältnis zur Folter. Die Aufzählung könnte fortgesetzt werden.

4. Was wir brauchen, ist die Diskussion über die Ursachen für den Weltzustand. »Sagen, was ist« bezeichnete schon Rosa Luxemburg als revolutionär. Unsere Anstrengungen müssen sich darauf richten, Menschen ihre Lage bewusst zu machen, zu mobilisieren und dabei darauf zu verzichten, Sündenböcke unter den noch Ärmeren zu suchen, auch nicht indirekt. Der Sündenbock ist das Kapital, welches sich allerdings momentan nicht in die Wüste schicken lässt. So an die Dinge heranzugehen ist ein schweres, vielleicht sogar hoffnungsloses Unterfangen. Schier unüberwindbar scheint die Manipulationsmacht der bürgerlichen Medien. Aber es muss gewagt werden. Wir geben Sabine Eckart, Projektkoordinatorin von Medico International, Recht, wenn sie sagt: »Nur wenn wir uns nicht ›für die Abfederung eines Systems einspannen lassen, das auf Ausgrenzung, Stigmatisierung, Klassifizierung von Menschen und Entsolidarisierung beruht, [...] nähern wir uns zumindest einer humaneren, gerechten und adäquateren Sichtweise und politischen Praxis an.«

Nicht zu Munde reden, nicht voreilig stigmatisieren

Die Ereignisse in Chemnitz nach dem Mord an einem deutschen Staatsbürger mit kubanischen Wurzeln zeugen in der Endkonsequenz von einer neuen Qualität fa-

schistischer Tendenzen in diesem Land. Es schien, die Rechten hätten auf einen Vorfall wie den vom 26. August im Chemnitz nur gewartet, um ihre Mobilisierungsfähigkeit ebenso unter Beweis zu stellen wie ihre gefährliche Brutalität in Wort und Tat. Die empörten bürgerlichen Medien, die eher hundert Sätze zum Zusammenhang zwischen Nazibrut und Sachsen als auch nur einen zum Zusammenhang zwischen Nazis und dem Zustand des Kapitalismus finden, klären nicht auf. Vielmehr vermitteln sie Menschen, die keine Nazis sind, aber mit den herrschenden Zuständen nicht zurande kommen, den Eindruck, sie alle würden in die rechte Ecke gestellt.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Das Verhalten von Menschen, die glauben gemacht wurden und werden, an all ihren realen oder auch vermeintlichen Problemen seien die Flüchtlinge und Asylbewerber schuld, darf nicht unkritisch beurteilt werden. Wir dürfen diesen im Interesse des Kapitals massenhaft erzeugten Stimmungen nicht nachgeben, wissend, dass es – wie stets – immer Anlässe dafür gibt, dass diese Stimmungen manipuliert werden können. Aber ebenso wenig, wie wir Menschen zu Munde reden dürfen, die der Sündenbock-Manipulation unterliegen, ebenso wenig dürfen wir sie undifferenziert in die rechte Ecke stellen.

Es gibt kein linkes Lager

Gerade im Zusammenhang mit der ideologischen Situation im Freistaat Sachsen gibt es in der LINKEN ein neues Stichwort: Österreichische Verhältnisse verhindern. Gemeint ist damit der Verweis auf die Gefahr eines Zusammengehens von CDU/CSU und AfD. Gibt es die Gefahr? Das kann wohl nicht verneint werden, auch wenn es in naher Zukunft schwer vorstellbar ist. Doch unabhängig vom Zeitpunkt ist es eine mehr als ernsthafte Frage, wie man dieser Gefahr begegnet. Katja Kipping wiederholt regelmäßig, sie wolle alles tun, damit die linken Kräfte gestärkt werden – gemeint sind neben unserer Partei SPD und Grüne – damit es so zu einem Politikwechsel kommen kann. Bei einer Diskussion am 3. Oktober 2018 im Kreuzberger SO36 zum Thema »Aufbruch und Machtwechsel« sagte sie u. a.: »Die Gefahr eines weiteren Rechtsrucks, gar einer Faschisierung besteht real. Dies gilt insbesondere auch hierzulande.« Katja Kipping weiter: Eine fortschrittliche Politik müsse einen Umgang mit dieser Situation finden. Sie könne sich nicht darauf beschränken, nur Opposition gegen den Neoliberalismus zu sein und die Lieder der 2000er Jahre zu intonieren: Sie müsse die Regierungsfrage offensiv stellen und dabei eine »neue

Ordnung« auf den Weg bringen. Und immer noch Kipping: »Diese Situation eröffnet aber auch eine Chance. Sie öffnet den Möglichkeitsraum für einen Macht- und Regierungswechsel von links. Eine Regierung gegen den Rechtsblock, – und damit die Option, eine grundlegend andere Politik zur Durchsetzung zu bringen. ... Der Träger der neuen Ordnung ist ein neues »WIR«: Es sind wir – die Vielen –, die an unterschiedlichen Stellen der Gesellschaft – sei es in Kirchen, Gewerkschaften, NGOs und Vereinen, bei der »Seebrücke«, bei Demonstrationen gegen Überwachung oder für Frieden – für eine humane Alternative kämpfen. Es sind aber auch wir, die wir uns von der Politik abgewendet haben und nicht wollen, dass Europa nach rechts rückt. ... Natürlich: Für niemanden wird dies ein Spaziergang. Der Weg wird auch innerhalb der jeweiligen Parteien umkämpft sein. Genau deshalb sollen wir jetzt die Zusammenarbeit für fortschrittliche Mehrheiten beginnen. Im Wissen um ihre Unterschiede müssen die verschiedenen Akteure von Gewerkschaften, Kirchen, Bewegungen und Zivilgesellschaft über DIE LINKE und die Grünen bis hin zur SPD in konstruktiver Absicht zusammenkommen.«

Das kann kein vernünftiger Mensch anstreben

Katja Kipping liebt den Begriff »Erzählung«. Dies ist ein erzähltes Märchen, jenseits aller Kräfteverhältnisse, jenseits der im Kapitalismus alles entscheidenden Eigentumsfrage. Es ist in der Situation, in der wir uns befinden, schon unbegreiflich, dass Opposition gering geschätzt wird und anstelle derer ein linkes Lager gesehen wird, wo es keines gibt. Es ist noch gar nicht lange her, da haben Katja und Bernd selbst gesagt, ein solches Lager existiere nicht. Was haben wir seither übersehen, dass uns die Auferstehung desselbigen nicht bewusst ward. Für uns bleibt das Streben von LINKEN, Mitglied einer Bundesregierung zu werden, aus den hinlänglich bekannten Gründen suspekt. Wissend, dass dieser Wunsch von nicht wenigen Repräsentanten unserer Partei geteilt wird und auch unter Teilen der Mitgliedschaft Zustimmung findet. Im Übrigen: Die Position der Sammlungsbewegung zur Regierungsbeteiligung im Bund unterscheidet sich hiervon nicht prinzipiell. Die Sammlungsbewegung betont nur explizit, dass sich alle drei Parteien vorab grundsätzlich verändern müssen und dass genau diese Veränderungen durch die Sammlungsbewegung bewirkt werden sollen. Nun – man wird sehen.

So oder so lässt sich feststellen: Die Führung der LINKEN und die Initiatoren der Sammlungsbewegung

streben gleichermaßen Rot-Rot-Grün im Bund an. Dabei wird nicht in der notwendigen Deutlichkeit problematisiert, dass die friedenspolitischen Prinzipien mit dem Kern der Ablehnung von Bundeswehr-Auslandseinsätzen und der Forderung nach Austritt oder Auflösung der NATO sich gegen die Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland richten. Wer aber diese Staatsräson nicht akzeptiert, kann Regierungsverantwortung im Bund nicht übernehmen. Und noch etwas: Der Wunsch nach einer r2g-Koalition schließt bei der LINKEN-Vorstandsmehrheit eine starke Anti-Rassismus-Akzentuierung ein, für die nicht unbedingt zutrifft, dass vom Faschismus schweigen soll, wer vom Kapitalismus nicht reden will. Die Sammlungsbewegung hingegen betont vorwiegend die soziale Komponente. Beides ist notwendig. Allerdings wird die aus beidem resultierende Konsequenz ungenügend in den Mittelpunkt des Kampfes gerückt: Es geht um den Kampf der LINKEN, der AfD ihren Platz als Oppositionsführer im Parlament und auf den Straßen streitig zu machen. Dies ist untrennbar verbunden mit der antifaschistischen und friedenspolitischen Profilierung der LINKEN und ebenso mit der sozialen und der Umweltfrage.

Mit anderen Worten: Die Kommunistische Plattform entzieht sich der linken Spielart von »There is no alternative«. Wir sind davon überzeugt, dass eine kämpferische, antikapitalistische Opposition notwendig ist, die der AfD und ihren faktischen Vorfeldorganisationen den Nährboden entzieht, sich als die wahre oppositionelle Kraft im Land zu repräsentieren. Wobei sich die AfD fest darauf verlässt, dass ihre programmatischen Positionen kaum bekannt sind. Und es gibt einen nicht minder wichtigen Grund, uns auf die antikapitalistische Opposition zu besinnen: Mit dem nach den Bayern- und Hessenwahlen angekündigten Rückzug Angela Merkels von der Spitze der CDU und dem absehbaren Ende ihrer Kanzlerschaft werden CDU/CSU mit großer Wahrscheinlichkeit noch weiter nach rechts rücken. Nicht umsonst schoss der DAX in die Höhe, nachdem Friedrich Merz bekannt gegeben hatte, er würde für den CDU-Parteivorsitz kandidieren. Sicher nicht ohne wohlmeinenden Rat der Fondsgesellschaft BlackRock oder der Großbank HSBC, die sich an den als »Cum-Ex« bezeichneten Steuerbetrügereien in Millionenhöhe beteiligte. Nicht nur in diesen beiden Wirtschaftsunternehmen mischt Merz mit. Es ist gut, dass er gestern unterlag. Das heißt nicht, dass Annegret Kramp-Karrenbauer eine Lichtgestalt des Fortschritts ist. Zudem spricht vieles dafür, dass in diesem Land schon im Vor-

feld der Bundestagswahlen die Winde wesentlich rauer werden, und das nicht »nur« wegen des Endes der Ära Merkel. Vielmehr ist zugleich davon auszugehen, dass die Hochkonjunktur in Europa sich dem Ende zuneigt und eine Rezession immer wahrscheinlicher wird.

Kehren wir noch einmal zur Ausgangsfrage zurück, im Kontext mit Katja Kippings Lösungsvorschlag zur Verhinderung österreichischer Verhältnisse. Liegt die Alternative vor allem im parlamentarischen Bereich? Nehmen wir für einen Moment an, dies wäre der Fall. Müsste DIE LINKE – zunächst auf Länderebene – dann auch bereit sein, notfalls mit der CDU zu koalieren, um Schwarz/Blau zu verhindern? Die Diskussion darüber ist bereits im Gange. Eines sei vorab festgestellt: Schwarz/Rot unter Einbeziehung der LINKEN wird – aus Gründen, auf die hier im Einzelnen einzugehen zu weit führen würde – mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nie eine Option für die alten Bundesländer sein. Praktisch stünde diese Frage nur für den Osten. Und für die LINKEN-Mitgliedschaft im Osten lässt sich bis dato ebenso mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen, dass ein Großteil das nicht mitmachen würde. Austritte sind auch eine Form von Gegenwehr. Thüringen und andere Ost-Bundesländer zeigen, dass die Genossinnen und Genossen bereit sind, sehr dicke Kröten – z. B. in puncto Geschichte – zu schlucken, wenn es um das Zusammengehen mit SPD und/oder Grünen geht. Bei der CDU wäre für sehr viele die rote Haltelinie überschritten. Die Rettung vor österreichischen Verhältnissen via schwarz-rot wäre eine Selbstmordaktion. Der Weg für die Nazis wäre dann zeitversetzt freier denn je. Das kann kein vernünftiger Mensch anstreben.

Parteiprogramm verteidigen

Nicht nur die roten Haltelinien sind ein Grund, das geltende Parteiprogramm zu verteidigen. Als Petra Pau im April dieses Jahres öffentlich erklärte, es sei Zeit für eine linke Programmdebatte, reagierten wir sofort und sagten u. a.: »Das geltende Parteiprogramm wurde in diesem Jahrhundert erarbeitet, auf dem Parteitag in Erfurt vom 21. bis 23. Oktober 2011 mit 96,9 Prozent beschlossen und beim Mitgliederentscheid vom 17. November bis 15. Dezember 2011 mit 95,8 Prozent bestätigt. Haben wir uns etwa 2011 ein Programm gegeben, welches »alte linke Antworten« gibt, oder hat sich vielleicht die Lage in den seither vergangenen sechseinhalb Jahren so fundamental verändert, dass die seinerzeit richtigen Antworten nun »längst nicht mehr reichen«? Wir meinen: Vor der Schlussfolgerung

muss die Analyse erfolgen.« Und noch etwas: Im geltenden Parteiprogramm gibt es notwendigerweise Kompromissformulierungen zu Problemen, die im Falle einer einseitigen Festlegung spaltende Polarisierungen zur Folge hätten. Das betrifft ganz besonders die unterschiedlichen Bewertungen eines auch von Siemens-Chef Joe Kaeser geforderten bedingungslosen Grundeinkommens. Anfang Oktober erschien im nd zweimal eine teure Anzeige, in der die BAG Grundeinkommen einen Mitgliederentscheid über das BGE fordert. Um das entsprechende Verfahren in die Wege leiten zu können, brauchen die Initiatoren die Unterschriften von 3.500 Genossen. Kommt es zum Mitgliedervotum, so wäre das auch der Auftakt zu einer erneuten Programmdebatte. Wir werden in den Januarmitteilungen 2019 einen Artikel von Christoph Butterwegge zum BGE dokumentieren. Gerade in Anbetracht der aktuellen Lage können wir weder eine Grundsatzdiskussion zum BGE, noch über eine Konzeption zur Erarbeitung einer Einwanderungsgesetzgebung gebrauchen. Wir haben uns inhaltlich zu diesen Fragen in entsprechenden Erklärungen und auf der Bundeskonferenz im April dieses Jahres deutlich positioniert. Das Schreiben, welches wir zum Thema Einwanderungsgesetzgebung am 29. Oktober 2017 an den Parteivorstand schickten, veröffentlichen wir nunmehr in den Mitteilungen 12/2018.

Mit Geduld analysieren

Seit dem Sommer dieses Jahres nimmt der allgemeine Disput über die Notwendigkeit einer Sammlungsbewegung Konturen an. Wer sich als Teil der Bewegung verstanden wissen will oder auch nur an ihr interessiert ist, kann seit dem 4. August seinen Namen in ein elektronisches Formular eintragen und seine E-Mail-Adresse hinterlassen. Bereits einen Monat später, als Sahra am 4. September auf einer Pressekonferenz die inhaltlichen Schwerpunkte von »aufstehen« erläuterte, hatten sich mehr als 100.000 Menschen eingetragen, zum Ende September nach übereinstimmenden Zeitungsberichten 150.000. Wovon zeugen diese Zahlen? Zunächst von einer dem Bedürfnis nach gesellschaftlicher Veränderung getragenen Stimmung. Zugleich zeugen sie von dem tiefen, verständlichen Wunsch nach einer starken Linken, nach der Einheit der Linken. Die Hoffnung, dass diese Wünsche durch die Bewegung »aufstehen« realisiert werden könnten, wird auch verursacht durch die Tatsache, dass die Partei DIE LINKE zu häufig schon als Teil des Establishments wahrgenommen wird. Doch die Sammlungsbewegung reflektiert nicht nur Stimmun-

gen. Sie wirft auch Fragen auf. Wie könnte eine demokratische Willensbildung in einer heterogenen, vorwiegend virtuellen Struktur vor sich gehen, die in sich nicht strukturiert ist? Oder – sollte es zu einer Strukturierung von Aufstehen kommen, und solcherlei geschieht durchaus – entstehen dann nicht Parallelstrukturen zur Partei DIE LINKE und was machte das aus der Partei und der Bewegung, nicht zuletzt unter dem Aspekt, dass die Protagonistin der Sammlungsbewegung zugleich Fraktionsvorsitzende der LINKEN ist? Ist es politisch zweckmäßig, nicht geringe intellektuelle Kapazitäten auf die Sammlungsbewegung zu konzentrieren und den Kampf um Veränderungen in der LINKEN kaum noch zu führen? Wird die Entwicklung von »aufstehen« zu einer Schwächung der LINKEN und im äußersten Fall zu einer faktischen Spaltung führen?

Diese Fragen sind berechtigt und können doch noch nicht beantwortet werden. Es hat daher wenig Sinn, wenn diejenigen, die der Sammlungsbewegung mit Skepsis begegnen, den Befürwortern ihre Zweifel einreden wollen. Ebenso wenig sinnvoll ist es, wenn Befürworter von »aufstehen« die Skeptiker als Bedenkensträger bezeichnen. Jede und jeder muss für sich entscheiden, ob er sich in die Sammlungsbewegung einbringen will. Eine ganz andere Frage ist die, wenn Parteizusammenschlüsse oder Gliederungen Erklärungen pro oder kontra abgeben. Man kann nicht einerseits die Spaltungsgefahr beschwören oder aber in Abrede stellen und zugleich Schritte unternehmen, die innerhalb der LINKEN polarisierend wirken müssen und natürlich auch außen so wahrgenommen werden. Wir sagen es heute unverblümt: Wir halten es für einen Fehler, dass sich der Parteivorstand zu einem so frühen Zeitpunkt ablehnend zu Aufstehen geäußert hat. Er hat damit an den verständlichen Stimmungen beachtlicher Teile der Parteibasis vorbei agiert. Wir haben uns – ohne dabei auf Kritik an Sahra zu verzichten – auch prinzipiell zu Versuchen geäußert, Sahra zu demontieren. So in unserem Schreiben an Thomas Nord vom 8.11.2018, so in unserem Offenen Brief »Die Züge anhalten!« vom 28.11.2018 als auch in einem unveröffentlichten Schreiben an Katja, Bernd und Jörg Schindler vom 27.11.2018.

Notwendig ist jetzt, mit Geduld zu analysieren, wie sich die Dinge entwickeln. Kein Argument, so hat es Lenin sinngemäß formuliert, ist so überzeugend, wie die soziale Erfahrung. Wir sollten daher folgende Entwicklungen sehr aufmerksam beobachten:

– Wie entwickelt sich das Verhältnis der Sammlungsbewegung zur Partei DIE LINKE?

- Welche Aussagen trifft die Sammlungsbewegung zu einer Regierungsbeteiligung im Bund und wie ist gegebenenfalls ihr Verhältnis zur Staatsräson?
- Wie verhalten sich die Protagonisten der Sammlungsbewegung zu den im Parteiprogramm festgeschriebenen friedenspolitischen Prinzipien der LINKEN?
- Agiert Aufstehen internationalistisch oder macht sie Zugeständnisse an nationalistische Tendenzen?
- Welche Rolle spielt die Sammlungsbewegung in Vorbereitung der Wahlen zum EU-Parlament respektive des Europa-Parteitages vom 22.02.-24.02.2019?
- Wird Aufstehen zu einer Bewegung oder bleibt sie weitgehend virtuell?

Ausgehend von Entwicklungstendenzen im Kontext mit diesen Fragen, Tendenzen, die sich nur im Rahmen realer politischer Prozesse abzeichnen können, werden wir unser Verhältnis zur Sammlungsbewegung bestimmen. Jeder Versuch, momentan innerhalb unserer Partei eine Entscheidung über pro oder kontra Sammlungsbewegung herbeizuführen, nutzt den politischen Feinden aller Linken. Jede Polarisierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt bedient Spaltungstendenzen, über die von Befürwortern und Skeptikern gleichermaßen gesagt wird, genau diese wolle man nicht.

Wir möchten zugleich nicht verschweigen, welche zwei möglichen Optionen zukünftiger Entwicklungen wir sehen. Zum einen: Die Protagonisten der Sammlungsbewegung werden Wort halten, dass keine neue linke

Partei, respektive eine entsprechende Wahlalternative, gegründet wird. Wie werden sich dann – im Vorfeld der kommenden Bundestagswahlen – die Protagonisten der Sammlungsbewegung mit der Vorstandsmehrheit über Kandidaturen und Listenplätze verständigen? Zum anderen ist, trotz aller gegenteiligen Bekundungen, die Option vorstellbar, dass die Sammlungsbewegung die politischen und juristischen Voraussetzungen schafft, eigenständig bei den Bundestagswahlen anzutreten. Das käme der organisatorischen Spaltung der LINKEN gleich, die eine Eigendynamik zur Folge hätte, die sich zu einem italienischen Weg der verbliebenen deutschen Linken auswachsen könnte.

Die Kommunistische Plattform bleibt in der gegenwärtigen Situation bei der Grundaussage ihrer Bundeskonferenz vom 3. Dezember 2017, die sie auf ihrer Apriltagung dieses Jahres und in ihrer Einschätzung des Leipziger Parteitages vom 11. Juni 2018 bekräftigt hat: »Würden linke Kräfte – in Sonderheit DIE LINKE – mittels einer ... Sammlungsbewegung gestärkt oder soll eine linke Kraft durch eine neue ersetzt werden? Für Letzteres stünden wir als Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE nicht zur Verfügung.«

Stephan Jegielka,
Bundessprecher der KPF

Russischer Emigrantenfascismus im Zweiten Weltkrieg 1941 bis 1945 – die große Kollaboration?

Die Kollaboration (franz. Collaboration – landesverräterische Zusammenarbeit mit dem Kriegsgegner) war in den Jahren des Zweiten Weltkrieges ein weltweites Phänomen. Eine halbe Million Menschen aus den Ländern West-, Nord- und Südosteuropas¹, aber auch weit anderthalb Millionen Bürger aus dem sozialistischen eurasischen Vielvölkerstaat UdSSR kollaborierten militärisch mit Nazideutschland während des Zweiten Weltkrieges:² Hinzu kommen noch Hunderttausende zivile Kollaborateure, die in den deutsch besetzten sowjetischen Ge-

meinden, Städten, Kreisen, Gebieten, Betrieben, in Institutionen und in den zentralen Instanzen der Okkupationsverwaltungen im Auftrag und im Interesse Nazideutschlands tätig waren.

Vor allem die in Russland seit 1991 vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen vermitteln ein weitgehend vollständiges und zugleich sehr differenziertes Bild über den Umfang und Formen der Kollaboration sowjetischen Bevölkerung mit Wehrmacht, SS, Wehrmachtsabwehr, Sicherheitsdienst SD, Sicherheitspoli-

Nationen/nationale Minderheiten	militärische Kollaborateure	davon SS
Russen (99,6 Mio.)	310.000 [380.000]	50.000
Ukrainer (28,1 Mio.)	250.000	30.000
Belorussen (5,3 Mio.)	49.000 [70.000]	8.000
Kosaken (4,4 Mio.)	70.000	35.000
Esten (1 Mio.)	120.000 [90.000]	20.000
Letten (2 Mio.)	150.000	40.000
Litauer (3,3–2,2 Mio.)	50.000	–
Georgier (2,1 Mio.)	20.000 [25.000]	4.000
Aserbajdschaner (2,1 Mio.)	35.000 [38.500]	–
Armenier (2,1 Mio.)	18.000 [22.000]	–
Nordkaukasier: Abchasen, Adygeer, Balkaren, Darginer, Inguschen, Lesgier, Kabardinier, Karatschaier, Tschetschenen, Tscherkessen u. a. (1,7 Mio.)	40.000 [28.000]	6.000
»Turkestaner«: Kasachen, Kirgisen, Turkmenen, Usbeken, Karakalpakern, Tadschiken u. a. (14,8 Mio.)	180.000 [45.000]	2.000
Kalmücken (134.000)	10.000 [7.000]	–
Krimtataren (218.000)	20.000	2.400
Wolgatataren (1,5 Mio.)	40.000 [12.500]	2.000
gesamt	1.375.000 [1.272.500]	154.400

zei Sipo, Kriminalpolizei Kripo, Geheime Feldpolizei GFP, Einsatzgruppen EG, Ordnungs- Schutz- und Hilfspolizei, Hilfskräfte für die Versorgung von Front und Hinterland (Hilfswillige/»Hiwi«).³ Der russländische Emigrantenfaschismus wurde zu einem besonders aktiven Teil der Kollaboration. Nur wenige der etwa 2 Millionen Emigranten, die aus der UdSSR geflüchtet waren, schlossen sich dem Kampf der Antihitlerkoalition (10 Prozent) und der antifaschistischen Bewegung (1,5 Prozent) an.⁴ Der zahlenmäßig größere Teil der militärischen und zivilen Kollaborateure kamen allerdings aus der Bevölkerung des deutsch besetzten Baltikums, der Ukraine, Belorusslands, der RSFSR und Kaukasiens, vor allem aus den Reihen der insgesamt 5,7 Millionen zählenden kriegsgefangenen oder desertierten Soldaten und Offiziere der multiethnischen Roten Armee⁵. Kriegsgefangene aus fast allen europäischen Ländern waren in 194 Lagern (119 Stammlager/Stalag, 56 Offizierslager/Oflag, 19 Durchgangslager/Dulag) in den 21 deutschen Wehrbezirken interniert.⁶ Soldaten und Offiziere der Roten Armee stellten zumeist den größten Anteil in den riesigen Lagerkomplexen.⁷ Doch die Gewinnung und Ausbildung militärischer Kollaborateure (sieht man von den baltischen Republiken ab) waren vorerst für die Wehrmacht unmittelbar nach Kriegsbeginn kein Thema. Diese Frage stand erst im Spätherbst 1941, nach dem gescheiterten Blitzkrieg und dem anwachsenden Widerstand der Partisanen. Erst jetzt sah sich die Naziführung gezwungen zusätzlich militärische Kollaborateure für die Wehrmacht aus den Kriegsgefangenenlagern zu rekrutieren.

Kollaboration vor der eigentlichen Kollaboration

Ungeachtet der Verträge über Nichtangriff und Freundschaft (23. August und 28. September 1939) wie auch des verlockenden, aber trügerischen Angebotes Hitlers an Josef Stalin im November 1940, dem Kriegspakt Berlin-Rom-Tokio⁸ beizutreten, sah das Naziregime im russländischen Emigrantenfaschismus nach wie vor ein unverzichtbares politisches, geheimdienstliches und militärisches Potential für den Krieg gegen die Sowjetunion. Die Nazibewegung hatte daher von Anfang an enge Verbindungen zu den faschistischen und nationalistisch-separatistischen russländischen Emigranten.⁹ Diese »Kollaboration vor der Kollaboration«¹⁰ war auch Teil der streng geheimen Kriegsplanung (»Unternehmen Barbarossa 1940«)¹¹. Die Nazibewegung an der Staatsmacht verschärfte in den bereits okkupierten eu-

ropäischen Ländern (Österreich, Tschechoslowakei, Polen) wie in den verbündeten Satellitenstaaten (Norwegen, Dänemark, Finnland, Holland, Belgien, Frankreich, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Albanien) die Kontrolle über die russländischen Emigrantenorganisationen. Diese wurde teilweise in die Kriegsvorbereitung einbezogen, aber bis Kriegsausbruch öffentliche antisowjetische Aktivitäten nicht zugelassen.¹²

Die größte militärische Organisation der russländischen Emigranten war die 1924 gegründete Russische Allgemeine Militärband ROVS (Russkij Obščewojskij Sojuz) mit 100.000 aktiven Militärs. Die ROVS wurde in den 30er Jahren europaweit umgestaltet. Bereits 1937 verließ die von General A. V. Turkul (1892–1957)¹³ geführte französische Gruppe aus der ROVS-Abteilung I (Großbritannien, Frankreich, Holland, Dänemark, Schweden, Finnland, Polen, Schweiz, Ägypten, Syrien und Iran). Sie ließ sich als Russischer Nationalbund der Kriegsteilnehmer RNSUV in Nazideutschland nieder und unterstellte sich der Verwaltung für Angelegenheiten für russische Emigranten UDRÉ in Berlin unter dem Nazikollaborateur Generalmajor V. V. Biskupskij (1878–1945). Ein Jahr später löste sich auch die vom baltendeutschen Generalmajor A. A. von Lampe (1885–1967) geführte Abteilung II (Deutschland, Freie Stadt Danzig, Österreich, Ungarn, Litauen, Lettland, Estland) vom Brüsseler ROVS-Stabsquartier, formierte sich neu als Vereinigung Russischer Militärverbände ORVS (Ob'jedinenie Russkich Vojskich Sojuzov) und unterstellte sich ebenfalls der Berliner UDRÉ-Zentrale. Mit der deutschen Annexion Österreichs, Tschechiens und Polens sowie der Unterwerfung Belgiens, Frankreichs, der Niederlande, Dänemarks, Norwegens, Finnlands, Ungarns, Bulgariens, Rumäniens und Jugoslawiens wurden bis Mai 1941 alle übrigen europäischen ROVS-Abteilungen der neuen »großdeutschen« Zentralen von ORVS und der UDRÉ in Berlin angeschlossen – die der Tschechoslowakei (VI – Hauptmann Podgorny), Frankreichs (I – Generalleutnant N. N. Golovin¹⁴), Polens (Russländischen Gesellschaftliche Komitees unter S. L. Voicechovski (17.000 Russen, Ukrainer, Belorussen). 1940 unterstellte der ROVS-Vorsitzende A. P. Archangelskij (1938–1957) auch die Abteilungen IV (Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien, Griechenland) und V (Belgien).¹⁵ Ähnliches geschah mit den zumeist emigrantischen Kosakenverbänden im deutschen politischen und militärischen Machtbereich, von Paris bis nach Bulgarien und Jugoslawien.

Generalmajor A. A. von Lampe bot am 21. Mai 1941 dem Oberkommandierenden der Wehrmacht Generalfeldmarschall von Brauchitsch an, im bevorstehenden Krieg mit der UdSSR die von ihm geführte größte militärische Emigrantenformation für die Wehrmacht zur Verfügung zu stellen. Da eine Antwort auch nach dem 22. Juni 1941 ausblieb, wiederholte von Lampe am 5. Juli sein Angebot und wandte sich zudem direkt an Hitler. Er verwies darauf, dass ihm seit Mai 1941 auch die in Bulgarien und Jugoslawien stationierten exilrussischen militärischen Verbände unterstellt waren. Am 1. August 1941 teilte ihm Brauchitsch mit, dass gegenwärtig keine Möglichkeit bestehe.¹⁶ Das war angesichts des erfolgreichen Blitzkriegsfeldzuges für Hitler und seine Paladine offenbar noch kein Thema; ging es ihnen doch nicht nur um die Vernichtung »jüdisch-bolschewistischen« Sowjetunion, sondern auch um die Ausrottung ihrer als »Untermenschen« bezeichneten Staatsbürger. Ungeachtet dessen, befahl General von Lampe am 17. August 1941 allen Länderabteilungen, Freiwillige für die Teilnahme am »Kreuzzug gegen den jüdischen Bolschewismus« zu mobilisieren und feste Verbindung mit der ORVS-Zentrale in Berlin zu halten.¹⁷ Der von Himmler protegierte Oberkontrolleur aller russländischen Emigranten im deutschen Einflussbereich, UDRÉ-Chef Biskupskij, ordnete ebenfalls an, dass die russländischen Militärangehörigen alle Möglichkeiten zur Teilnahme am antisowjetischen »Befreiungsfeldzug« wahrnehmen. Das betraf vor allem die personelle Ausweitung der schon lange bestehenden Kollaboration mit den deutschen Sicherheitsorganen (SD, Sipo, Geheime Feldpolizei, Aufklärung und Abwehr der Wehrmacht) – als Dolmetscher, Kraftfahrer, Organisatoren antisowjetischer Hetzpropaganda an der Front und im sowjetischen Hinterland wie auch Werbung und Schulung sowjetischer Gefangener für die Kollaboration.

Nach dem der Blitzkrieg scheitert und der Partisanenkampf den Besatzern in den okkupierten Gebieten ernsthafte Probleme brachte, sah sich die nazi-deutsche Führung entgegen ihrer rassistischen Doktrin gezwungen vor allem Offiziere und Soldaten der Roten Armee für eine landesverräterische Zusammenarbeit gegen das eigene Land zu gewinnen. Schon seit Ende August 1941 organisierten die Führung von Wehrmacht (Fremde Heere), Ostministerium (Fremde Völker) und Reichssicherheitsamt (RSHA) 30 »Kommissionen zur Inspektion der Kriegsgefangenenlager« mit 600 Personen (einschließlich russländischen Emigranten). Sie agierten in Konzentrations- und Gefangenenlagern,

versprachen den Rotarmisten Freiheit und bessere Lebensverhältnisse für einen Militärdienst in gesonderten Einheiten in Wehrmacht und SS. Die angeworbenen »Freiwilligen« – getrennt nach Nationalitäten – wurden in sogenannten Vorlagern überprüft, politisch »umgeschult«, in Sonderlagern des okkupierten Polen (»Generalgouvernement«) wie in den besetzten Gebieten des Baltikums, der RSFSR, Beloruslands und der Ukraine für den militärischen Einsatz gegen die Partisanenbewegung und zur Subversion des sowjetischen Hinterland vorbereitet und eingesetzt.¹⁸ Der Generalquartiermeister im OKW General Wagner ermöglichte bereits am 6. Oktober 1941 den Befehlshabern der Rückwärtigen Heeresgebiet Nord, Mitte und Süd »nichtrussische« Gefangene, Deserteure oder antikommunistisch gesinnte Landesbewohner zunächst probeweise in kleinen nationale militärische Einheiten (Bataillone) der Wehrmacht einzugliedern. Auch das Ostministerium Rosenbergs bildete schon im September 1941 eine Inspektionskommission für die Kriegsgefangenenlager. Deren Aufgabe war, für den Dienst in der Wehrmacht zu werben, zunächst nur »arische« Volksdeutsche, Finnen, Karelier, Esten, Letten, Litauer, Völker Kaukasiens, Mittelasiens, Krim-, Wolga- und Uraltataren, Kosaken (sie waren keine »Nachkommen der Germanen«, wie »Rasseschützer« Heinrich Himmler propagierte sondern zumeist Russen und Ukrainer), Auch »Weißruthenen« (Belorussen), »Ruthenen« (Ukrainer), Rumänen, Bulgaren wurden geworben. Russen hingegen sollten besonders sorgfältig geprüft werden.¹⁹

Kollaborateure an der unsichtbaren Front: Russische Nationale Armee (RNA)

Zu den ersten russischen Emigrantenmilitärs, die die Kollaboration mit der Reichswehr und danach seit 1935 mit Wehrmacht (Abwehr) und SS (SD-Ausland) in Gang brachte, gehörte Boris Aleksejevič Smyslovskij (1897-1988).²⁰ Der 1920 nach Polen emigrierte Weißgardist war schon 1925 von der Reichswehr als Agent angeworben worden, leitete Abwehrstelle (AST) Königsberg und nach der Okkupation Polens die Abwehrnebenstelle (ASTN) Warschau der Wehrmacht. Zugleich war er Stabschef der von General Trusov geführten Ostabteilung der ORV (ehemals ROVS). Beide Militärs erhielten schon im Frühjahr 1941 von ihrem Vorgesetzten aus Berlin (General von Lampe) den Auftrag, russische Militärformationen in der Wehrmacht aufzubauen. Smyslovskij stellte im Juni 1941 mit Zustimmung des Stabes der Nordgruppe der Wehrmacht die erste Aufklärungs-

einheit aus russischen Emigranten zusammen, die er unter dem Decknamen Major Arturo von Regenau selbst kommandierte – das 1. Russische ausländische Lehrbataillon für Feind-Abwehr und Nachrichtendienst. Unter seiner Regie schlossen sich Anfang 1942 zwölf weitere solcher Einheiten zum 1001. Russischen Grenadier-Aufklärungsregiment zusammen (1.000 Mann). Es handelt sich faktisch um eine Schule zur Ausbildung und zum Einsatz von Diversanten für das sowjetische Hinterland im schlesischen Waigelsdorf (Eulengebirge). Sie unterstand dem sogenannten Stab Walli, dem Abwehr-Führungszentrum für antisowjetische Untergrundarbeit in den besetzten Gebieten der UdSSR. Dazu gehörten 21 Abwehrkommandos mit 70 Gruppen vorwiegend aus Russen Ukrainern, Belorussen, aber auch aus Angehörigen kaukasische und zentralasiatischer Völker, zumeist Emigranten.²¹ Insgesamt verfügte die Abwehr der Wehrmacht an der Ostfront 1941 über 130 solcher Kommandos und Gruppen sowie 60 Ausbildungsschulen.²² Diese Kollaborateure an der unsichtbaren Front waren zumeist faschistische und rechtsnationalistische russländische Emigranten. Seit Herbst 1941 kamen Kriegsgefangene und Deserterte der Roten Armee hinzu. Im März 1942 wurde im Walli-Stab in eine neue Abteilung gebildet – der sogenannte Sonderstab R als ein spezielles Leitungsorgan für den Kampf gegen Partisanenbewegung in den deutsch besetzten Gebieten (Sitz: Warschau, Chmelnaja ulica, dom 7. Deckname »Unternehmen Ostbau«). Die militärisch-geheimdienstliche Organisation leitete Smyslovskij (unter neuen Decknamen Arthur Chol'mston). Sein Stabschef wurde M. M. Šabalov alias Rajevschij (1901–1945)²³, ein im August 1942 an der Kaukasusfront zu den Deutschen übergegangener sowjetische Generalmajor. Diese erste größere geheimdienstliche Kollaborationsformation erweiterte ihren Personalbestand auf 10.000 Mann und wurde im Herbst 1944 zu einer Einheit z. B. V. OKW Frontaufklärungsstrupp 1 Ost/Division zur besonderen Verwendung (z. B. V.) Russland umgewandelt. Sie bestand aus einem Netz von fünf Residenturen (illegale nachrichtendienstliche Stützpunkte) von Nordrussland/Baltikum (D Pskov/Vyro: A. N. Legotov) über Belorussland (C2 Mogilev/Minsk: A. F. Chomentovskij) und der Ukraine (C1 Černigov: N. N. Pavlenko, B Kiev/Uman: N. M. Rebarčuk) bis zur Krim (A/Simferopol: G. G. Bobrikov) mit Stützpunkten in 48 Städten.²⁴ Sie unterstand direkt dem Leiter Fremde Heere Ost beim Generalstab des Heeres, Reinhard Gehlen (1902–1979).²⁵ Erst am 4. April 1945 erhielt diese militärische Formation unter der

Bezeichnung Russische Nationale Armee RNA (Russkaja National'naja Armija) formal den Status eines Bündnispartners der Wehrmacht. Zu diesem Zeitpunkt besaß die RNA nur noch 6.000 Mann (drei Regimenter), von denen 80 Prozent ehemaligen russische Kriegsgefangenen waren. Weissgardistische Offiziere besetzten allerdings den Armeestab (Oberst Rjaznjanskij, Oberstleutnant Mossner, Kondyrev und Kolubakin, Major Istomin) und die Kommandos von zwei Regimentern (Oberste Tarassov-Sobolev und Bobrikov). Die geheimdienstliche Kollaboration brachte letztlich keinen Erfolg, konnte den Rückzug der Okkupanten nicht verhindern. Der zum Generalmajor beförderte russische Emigrant Smyslovskij versuchte angesichts des bevorstehenden Untergangs des »Dritten Reiches«, die RNA in die von anglo-amerikanischen Truppen besetzten Gebiete zu retten und nun mit den westlichen Alliierten zu kollaborieren. Er fand Anfang Mai 1945 mit nur noch einem halbtausend faschistischen Diversanten (494 Personen, darunter 322 Russen, 118 Ukrainer, 20 Deutsche u. a.) Unterschlupf im Kleinstaat Liechtenstein. Fürst Franz-Joseph finanzierte den Aufenthalt dieser Kriegsverbrecher, die den deutschen Vernichtungskrieg gegen die UdSSR unterstützt hatten, mit einem monatlichen Salär von 30.000 Schweizer Franken. Der für Europa damals zuständige Leiter des US-Nachrichtendienstes, A. W. Dulles (später CIA-Chef) interessierte sich nicht nur für den übergegangenen Gehlen, sondern traf sich schon im Mai 1945 auch mit Smyslovskij in Vaduz. Stalin gelang es dennoch, 200 ehemalige hochrangige sowjetische Offiziere in die Heimat zu repatriieren und wegen Vaterlandsverrat abzuurteilen. Erst Ende 1947 verließ Smyslovskij mit 100 seiner Agenten das Fürstentum, fand Aufnahme in Argentinien. Dort gründete er den Bund ehemaliger russischer Kriegsteilnehmer A. V. Suvorov, dem sich u. a. die Nationale Organisation russischer Aufklärer und emigrierte Angehörige der Vlasov-Armee anschlossen. Nach dem Sturz der Herrschaft Perons (1956) fanden die russischen Nazikollaborateure in den USA Exil und politische Verwendung im Kalten Krieg. 1966 erhielt Smyslovskij auch eine Einladung seines einstigen Vorgesetzten Generalmajor Reinhard Gehlen, der inzwischen zum Chef des Bundesnachrichtendienstes aufgestiegen war.²⁶

Unternehmen Zeppelin – Erste Russische Nationale SS-Brigade

Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), die einflussreichste zentrale Sicherheitsbehörde Nazideutsch-

lands, organisierte in enger Zusammenarbeit mit dem Ostministerium/Fremde Völker, dem Oberkommando der Wehrmacht/Fremde Heere im März 1942 eine weitere Geheimorganisation – das »Unternehmen Zeppelin«. Sie wurde vom Amt VI (Leiter Heinz Gräfe²⁷) des RSHA mit Sitz in Berlin-Grunewald, Berkaer Straße, Haus 32–35 aufgebaut, gelenkt und kontrolliert. Des- sen Aufgabe war, neben russischen Emigranten vor allem kriegsgefangene Sowjetbürger aller Nationalitäten als Kollaborateure zu gewinnen, als Agenten auszubilden, im sowjetischen Hinterland terroristische Anschläge gegen die Volkswirtschaft zu organisieren, den Sturz der kommunistischen Herrschaft herbeizuführen sowie nationalistisch-separatistische Kräfte für das Auseinanderfallen des Vielvölkerstaates zu mobilisieren. Zu diesem Zweck arbeiteten im Amt VI von drei Abteilungen bzw. vier Unterabteilungen: Russen (Z2 A), Kosaken (Z2 B), Kaukasier und Nordkaukasier (Z2 C) sowie mitteleurasische Völker (Z2 D). Hunderte Werber der Zeppelin-Abteilung wählten in Kriegsgefangenenlagern und in den KZ Buchenwald, Sachsenhausen und Auschwitz vor allem Offiziere der Roten Armee aus, isolierte sie in sog. Sammel- und Vorlagern. Danach wurden sie unter Regie von SD und SS in Ausbildungslagern für ihren Einsatz vorbereitet. Entlang der Frontlinie befanden sich Besondere Z-Kommandos bei den operativen SS-Einsatzgruppen A (Gačina/Pskov, A. N. Kučubej), B (Smolensk), C (Kiew/Charkov) und D (Simferopol). Diese organisierten 1942/43 den Einsatz Dutzender Diversanten- und Terrorgruppen im sowjetischen Hinterland, u. a. in den Gebieten Jaroslaw (Martynovskij: 200 Personen), Wolga-Kama (G. Kravec/N. N. Ručenko: 400 Personen), in Aserbaidschan, Armenien, Georgien und in die nordkaukasischen Republiken. Der Versuch einer Zeppelingruppe, Stalin im November 1944 zu ermorden, scheiterte.²⁸ Im Frühjahr 1943 entschied das RSHA im Rahmen des »Unternehmens Zeppelin« eine SS-Formation aus russischer Emigranten und Kriegsgefangenen aufzustellen. Damit wurde ein im Sommer 1941 in Gefangenschaft angeworbener Stabschef der 229. Schützendivision der Roten Armee beauftragt – V. V. Gil' (1906–1943)²⁹ beauftragt. Er war als Überläufer in der SD-Schule seit Juni 1941 in Berlin ausgebildet worden, hatte sich am Kampf gegen sowjetische Partisanen »bewährt«. Bereits im November 1941 organisierte er im Auftrag des SD aus ehemaligen russischen Emigranten und Kriegsgefangenen eine »nationale russische Partei«, den Kampfbund russischer Nationalisten BZRN (Bojevoj Sojuz Russkich Nacionalistov). Das Parteiprogramm bestimmte:

- »1. Das künftige Russland muss ein mononationaler Staat werden. Die Ukraine, Belorussland, das Baltikum und Kaukasien erhalten das Recht auf Selbstverwaltung in einem Protektorat Großdeutschland.
2. Die Macht in (einem mononationalen, K. H. G.) Russland wird von einer Regierung ausgeübt, die von Hitler ernannt wird.
3. Als gesetzgebende Macht wird ein Staatsrat gewählt, der die Regierung bestätigt. Er ernennt auch die Minister.
4. Die Kolchosen werden aufgelöst, deren gesamtes Land erhalten Privateigentümer
5. Auf dem Gebiet des Handels herrscht die Privatinitiative. Die Kleinindustrie wird in Privatkapital überführt, die mittlere Industrie in Aktienkapital, aber die Großindustrie liquidiert, denn Russland muss ein Agrarland werden.
6. Die Religion wird vom Staat und von der Schule getrennt, aber soll die Regierung unterstützen
7. Im Lande bleibt nur die Grundschulausbildung erhalten.«³⁰

Vorgesehen war, dass diese Partei zugleich eine militärisch-geheimdienstliche Formation aufbaut. Deshalb waren die zunächst 200 Parteimitglieder nur Männer (ab dem 18. Lebensjahr) aller Nationen (außer Juden).³¹ Bereits seit April 1942 wurden sowjetische Kriegsgefangene als Kollaborateure ausgesucht und überprüft, in sogenannten Vorbereitungslagern (Sachsenhausen, Auschwitz, Breslau u. a.) ideologisch und politisch »um- erzogen«, militärisch ausgebildet und danach für den militärischen Kampf eingesetzt. Im zweiten Halbjahr 1942 waren bereits zwei russische SS-Abteilungen (Družina 1 und 2) im Einsatz. Da diese beiden Abteilungen bis zum Sommer 1943 von 800 auf 2.800 Personen anwuchsen, wurden sie zur 1. Russischen Nationalen SS-Brigade vereint. Die half der Wehrmacht und Polizei- bataillonen bei Bekämpfung der sowjetischen Partisanenbewegung. Diese war unmittelbar in den okkupierten russischen Gebieten Leningrad, Smolensk und Orjol, in Belorussland und in der Ukraine von September 1941 (24.700) bis Frühjahr 1942 enorm angewachsen (70.000 Untergrundkämpfer). In diesen Regionen entstanden geschlossene Partisanenrepubliken mit einem Territorium von 50.000 km². Bis Ende 1943 vervielfachte sich der Partisanenwiderstand auf 250.000 Mann und die von ihr beherrschten Gebiete vervierfachten sich auf 200.000 km². 1943 herrschten 120.000 Partisanen 60 Prozent des okkupierten Belorussland. Die deutschen Besatzer setzten allein in den 25 sog-

nannten Strafaktionen von November 1942 bis März 1943 acht deutsche Divisionen gegen die Partisanen ein.³² Von den insgesamt 374.000 Partisanen der Republik verloren 50.000 ihr Leben. Daran hatten auch die sog. Zeppelin-Kommandos Anteil.

Im August 1943 geschah jedoch etwas Unerwartetes: Der einstige Überläufer Gil' (alias Rodionov) wechselte erneut die Seiten. Er entschied am 20. August 1943, mit 2.200 russischen Kollaborateuren zu den in der belorussischen Region Polock-Lepel kämpfenden sowjetischen Partisanenbrigade Šelesnjak (5.000 Mann) überzulaufen und sich mit ihr zu vereinen (Erste Antifaschistische Partisanenbrigade). Gil' lieferte die weisgardistischen und deutschen Führungskräfte den Partisanen aus, die dann in Moskau abgeurteilt wurden.³³ Das war kein Einzelfall. Allein zwischen Juni und Februar 1943 liefen 8.897 Kollaborateure zu den Partisanen über.³⁴

Kollaborationsformation

Russische Nationale Volksarmee RNNA

Nach dem der blitzkriegsartige Feldzug gescheitert und der Vormarsch der Wehrmacht nur noch langsam vorankam, intensivierten Wehrmachtsabwehr und SD gemeinsam mit russländischen Emigranten systematischer aus den Kriegsgefangenenlagern neue militärische Kräfte für den Dienst in Wehrmacht und SS zu gewinnen und auch die nationalrussische politische und militärische Kollaboration wesentlich zu erweitern. Der Leiter der Ostabteilung des Generalstabes des Heeres, Reinhard Gehlen wurde 1942 Chef der Abteilung Fremde Heere Ost. Hier wurde 1942 entschieden, sogenannte Vernehmungslager z. B. V. (Zur besonderen Verwendung) einzurichten, Kriegsgefangene und Deserterte (Juni–Oktober 1941: 79.319; 1943: 26.108; 1.1.–10.9.1944: 4.108; Oktober 1944: nur noch 2.300)³⁵ sicherheitspolitisch und fachlich zu überprüfen. Als erstes wurde dafür das Offizierslager (Oflog) XIII D Hammelburg (Wehrkreis Nürnberg) im April 1942 bestimmt. Als das OKW noch in Rastenburg/Ostprien stationiert war befand sich ein weiteres Vernehmungslager z. B. V. in Lötzen (Feste Boyen); es wurde erst im März 1945 in den Raum Freilassing (Bauern) verlegt. Auch in Luckenwalde befand sich eine solch Einrichtung bekanntgeworden.³⁶

Im Offizierslager Hammelburg XIII D gründeten unter Regie des Abwehroffiziers SS-Sturmbannführer E. von Sievers ein Dutzend übergelaufene hochrangige sowjetische Militärs im September 1941 die Werkstätige Na-

tionale Volkspartei RTNP. Den Vorsitz übernahm Generalleutnant S. A. Malcev, ehemals Militärprokurator der 100. Schützendivision, die Propagandakommission leitete S. N. Sverčikov, ein Kulturoffizier der Roten Armee. Für den Aufbau einer Parteiarmee waren der im Juni 1941 in Kriegsgefangenschaft Generale F. I. Truchin (1896–1946)³⁷ und I. A. Blagoveščenskij (1893–1936)³⁸ zuständig. Im März 1942 gaben das Ostministerium, das Reichssicherheitsamt (VI – »Unternehmen Zeppelin«) und das OKW der Wehrmacht grünes Licht. Die Hauptakteure des Aufbaus dieser weiteren russischen Kollaborationsformation für Wehrmacht und SS waren wie bisher Emigrantenfaschisten und zum Feind übergelaufene hochrangige Offiziere der Roten, die 1944/45 die Vlasovarmee (50.000 Mann) aufbauten und führten organisierten: K. G. Kromiadi (1893–1990)³⁹ alias Sanin, I. K. Sacharow (1912–1977)⁴⁰ alias Levin, S. N. Ivanov⁴¹ alias Graukopf sowie G. N. Žilenko (1910–1946)⁴², V. I. Bojarskij (1901–1945)⁴³ und M. A. Meandrov (1894–1946)⁴⁴ organisierten in der belorussischen Garnisonsstadt Osinovka (Osintorf) in den fünf umliegenden Kasernen die Russische Nationale Volksarmee RNNA (Russkaja Nacional'naja Narodnaja Armija, die 1943 einen Personalbestand von 10.000 Mann erreichte meist kriegsgefangene oder desertierte Offiziere und Soldaten der Roten Armee. Die der Wehrmacht zugeordneten fünf Regimenter der RNNA (auch Osintorfer Brigade genannt), nahmen 1942 an vier Wehrmachtsaktionen gegen die sowjetische Partisanenbewegung teil, aber auch an den Kämpfen gegen die Rote Armee bei Vjazma und Drogobuž. Hunderte Soldaten liefen auf die sowjetische Seite über. Schließlich erfolgte ihre Neuformierung als Freiwilligenregiment Nr. 700, das 1943 an die Westfront verlegt wurde.⁴⁵

(Fortsetzung folgt)

Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe

1 Vgl. Oleg Romanen'ko: Sovetskij legion Gitera. Graždane SSSR v rjadach Vernachta i SS, Moskva 2006, S. 567

2 Vgl. ebenda, S. 568. O. Romanen'ko schätzt die Zahl der sowjetischen Kollaborateure in den deutschen Streitkräften auf 1,18 Millionen. Rechnet man die sog. Hilfspwilligen (»Hiwi«) hinzu, erhöht sich diese Zahl bis auf 1,5 Millionen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Militärhistoriker S. I. Drobjazko: Pod znamenami vraga. Antisovetskie formirovanija v sostav germanskich vooryžennyh sil 1941–1945, Moskva 2004, S. 523–524. Zu den hier aufgenommenen veränderten Zahlen zur militärischen Kollaboration von Esten, Letten

- und Litauern vgl. Karl-Heinz Gräfe: Vom Donnerkreuz zum Hakenkreuz. Die baltischen Staaten zwischen Diktatur und Okkupation, Berlin 2010, S. 226, 267 und 325–326). Die in [] genannten Zahlen sind Schätzungen von S. I. Drobjazko: Pod znamjonami vraga, S. 523–524. Zum Anteil der Kollaboration in den kaukasischen und mittelasiatischen Völkern vgl. vor allem Iskander Giljazov: Legion »Idel'-Ural«, Moskva 2009 und Joachim Hoffmann: Kaukasien 1942/43. Das deutsche Heer und die Orientvölker der Sowjetunion, Freiburg i. B. 1991
- 3 Vgl. Forschungen Russlands seit 1992: M. Nazarov: Missija Russkoj émigracii, Stavropol 1992; Materialy po Istorii Russkogo Osvoboditel'nogo Dviženija 1941–1945, Vypusk I–IV, Moskva 1996–1999; A. F. Kiselev : Političeskaja istorija russkoj émigracii 1920–1940, Moskva 1999; V. F. Eršov: Russkij Obščevoiniskij Sojuz i rossijskaja émigracija 1918–1945, Moskva 2000; A. V. Okorkov: Antisovetskiye voennye formacii v Vtoroj mirovoj vojny, Moskva 2000; ders: Fašizm i russkaja emigracija 1920–1945, Moskva 2002; I. Semirjaga: Kollaboracionalizm, Moskva 2000; D. Žukov: Vlasovcy i nacistskaja propaganda, Moskva 2000; L. Sockov: Neizvestnyj separatizm. Na službe SD i Abwera, Moskva 2003; E. G. Krivovošejeva: Rossijskaja poslerevoljucionaja nakanune i v period Vtoroj mirovoj Vojny, Moskva 2003, S. čuev: Speclužby tretjogo reja, St. Peterburg 2003; ders. : Prokladye soldaty, Moskva 2004; S. I Drobjazko: Pod znamjonami vraga. Antisovetskie formirovanija v sostav germanskich vooryžennyh sil 1941–1945, Moskva 2004; N. N. Korablev: Nacistskaja Okkupacija i kollaboracionaliŝm v Rossii 1941–1945, Moskva 2004; Oleg Romanen'ko: Sovetskij legion Gitlera. Graždane SSSR v rjadach Vermachta i SS, Moskva 2006; V. I. Goldin: Soldaty na Cužbine. Russkij Obšč'e-Voiniski Sojuz, Archangelsk 2006; M. Krysin: Pribaltijskij fašizm. Istorija i sovremenostj, Moskva 2007; S. V. Volkov: Russkaja voennaj émigracija, Moskva 2008; S. J. Curganov: Beloémigranty i vtoraja mirovaja vojna. Popytka revanš 1939–1945, Moskva 2010; Russkoe zarubež'e i Vtoraja morovaja vojna (Sostavitel I. Ju Beljakov), Moskva 2013
 - 4 Vgl. Andrej Martynov: Russkoje Zarubež'e i dviženie kollaboracii v gody vtoroj mirovoj vojny, in: Russkoje zarubeže i Vtoraja mirovaja vojna, Moskva 2013, S. 33
 - 5 Die Zahl der sowjetischen Kriegsgefangenen stieg von Juli bis Dezember 1941 auf 724.000 und erreichte bis 1945 5,75 Millionen Von ihnen kamen 3,3 Millionen ums Leben – durch Hinrichtung (2,4 Millionen), Hunger und Sklavenarbeit. Im Februar 1942 waren noch eine Million gefangene Rotarmisten am Leben. Von denen wurden zunächst 250.000 in Sonderlager gebracht, da sie bereit waren auf deutscher Seite zu kämpfen. Vgl. I T. G. Ibadullin: Vojna i plen, St. Petersburg 1999, hier S. 9–19; Griff sekretnosti snjat. Pod red. Krivovošejeva, Moskva 1993, S. 337–339; Alfred Streim: Sowjetische Gefangene in Hitlers Vernichtungskrieg, Heidelberg 1982, S. 175–178; Ch. Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1975, S. 357.
 - 6 S. čuev: Speclužby tretjogo reja, Anlage Nr. 1, S. 336–341
 - 7 Im Wehrkreis VIII (Breslau) bestanden sechs Lagerkomplexe (VIII A–F) mit 19 Außenkommandos (223.350 Kriegsgefangene aus zwölf Nationen). Davon waren in Görlitz (VIII A) 1943/1944 19.500 Kriegsgefangene aus der Sowjetunionneben (47 Prozent), 14.956–17.395 Franzosen, 6.190–9.415 Italiener, 4.196 Briten, 4.090–6.107 Belgier, 1.570 Serben, 1.512 Slowaken, 1.523 Juden u. a. Vgl. Hannelore Lauerwald/K.-H. Gräfe: In fremdem Land, Görlitz 1997, hier S. 14–18, 26 und 122,
 - 8 Die faschistisch-kapitalistischen Großmächte Deutschland und Japan waren politisch im Antikominternpakt (6. November 1937) und militärischen Dreierpakt Berlin-Rom-Tokio (27. September 1939) vereint; ihm schlossen sich die meisten Satelliten Nazideutschlands an.
 - 9 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Russische Faschisten im nazideutschen Exil (1933–1941), in: Rundbrief. BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE, Berlin 2018, S. 17–26.
 - 10 Den Begriff prägte der schwedische Historiker Karlis Kangeris: Kollaboration vor der Kollaboration? in: Europa unterm Hakenkreuz: Die baltischen Emigranten und ihre Befreiungskomitees in Deutschland 1940/41, in: Okkupation und Kollaboration (1938–1945). Achtbändige Dokumentation. Ergänzungsband 1, Heidelberg-Berlin 1993, S. 168ff.
 - 11 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: »Fall Barbarossa«. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion in: https://www.die-Linke.de/partei/weitereStrukturen/berufene_gremie.....
 - 12 Vgl. Iskander Giljazov: Legiony »IDEL'-Ural«, Moskva 2009, S. 206–208
 - 13 Stabskapitän im Ersten Weltkrieg, Generalmajor unter Vrangell im Bürgerkrieg, Redakteur der Zeitschrift »Dobrovolec«, gründete 1937 eine prodeutsche Militärorganisation RNSUV und arbeitete mit deutschen und japanischen Geheimdiensten zusammen. Gehörte seit 1944 dem Komitee der Befreiung der Völker Russlands VS KONR an, kommandierte seit März 1945 in Österreich ein Kosakenkorps der Russischen Befreiungsarmee ROA. Nach der Kapitulation Deutschland setzte er seine politische Tätigkeit im westdeutschen München bis zu seinem Tode 1957 fort, gab die ROVS-Zeitung »Dobrovolec« wieder heraus, gründete und leitete das Komitee der Vereinigten Vlasovanhänger KOV (Komitet Ob-jedininennyh Vlasovcev).
 - 14 Nach dem Austritt aus der Turkul'-Gruppe hatte die französische ROVS Abteilung nur noch 1.500 Militärs. Sie organisierte sich neu als Russisches Vertretungskomitee unter Leitung von General Ju. S. Žerbakov (seit 1942 Verwaltung der Angelegenheit der russischen Emigration UDRÉ) und wurde Berlin unterstellt (Vertreter: Baron N. A. von Taube). Zur französischen UDRÉ gehörten 175.000 Emigranten und Flüchtlinge aus der UdSSR. In dem von der deutschen Wehrmacht nicht besetzten Südfrankreich. Hier leitete Generalleutnant M. A. Sečin den Militärverband, der in die Legion des Kollaborationsgenerals Petain eingegliedert wurde. Vgl. Juri Curganov: Beloémigranty, S. 93–96.
 - 15 Vgl. Juri Curganov: Beloémigranty I vtoraja mirovaja vojna, S. 15–16, S. 28–31
 - 16 Vgl. GARF (Gosudarstvennyj Archiv Russkoj Federacii, F 6532. Opo 1. D. 89 L. 71–72, Prikaz generalmajora A. A. von Lampe po Ob-jedineniju Russkikh Voinskich Sojuzov Nr. 46, abgedruckt in S. I. Drobjazko: Pod znamjonami vraga, S. 344–147.
 - 17 Vgl. ebenda, S. 346–347.
 - 18 Vgl. Oleg Romanen'ko: Sovetskij legion Hitlera. S. 257–263; Joachim Hoffmann: Kaukasien 1942/45, S. 44.; S. G. čuev: Speclužby III Reucha, t. 2, S. 254–259
 - 19 Vgl. S. G. čuev: Speclužby III Reucha, t. 2, S. 254–259
 - 20 Der in einer russischen Offiziersfamilie geborene B. A. Smyslovskij nahm nach dem Besuch einer Kadettenschule am 1. Weltkrieg teil (seit 1915). Als Leiter der Aufklärungsabteilung der 3. Russischen Armee kämpfte er gegen die 1917 errichtete Sowjetmacht, ließ 1920 sich danach wie Tausende russische Militärs in Warschau nieder und wurde polnischer Staatsbürger. Er studierte am Polytechnischen Institut der Freien Stadt Danzig, wurde 1925 Agent der Reichswehr und 1935 der Wehrmacht. Gleichzeitig war er Leiter des Stabes der von General F. I. Truchin geführten ROVS-Abteilung in Warschau. Er organisierte seit 1941 im Auftrag des Wehrmachtsführer (Fremde Heere) aus russischen, ukrainischen und belorussischen Emigranten eine geheime militärische Organisation unter Regie der Abwehr – die sogenannte Russische Nationalarmee (RNA). 1945–1947 fand der russische Nazigeneral Exil im Fürstentum Liechtenstein, 1948–1956 in Argentinien und 1956–1973 in den USA. Seine letzten Lebensjahre 1973–1988 verbrachte er erneut in Vaduz (Lichtenstein). Vgl. Boris Chol'mston-Smyslovskij: Pervaja Nacional'naja Armija protiv SSSR, Moskva, S. 3–32
 - 21 S. čuev: Speclužby tretjogo reja, S. 190 – 195; ders.: Prokladye soldaty, S. 210–229
 - 22 N. N. Kovalev: Nacistskaja Okkupacija i kollaboracionalizm, S. 60
 - 23 Sohn eines Bauern, seit 1918 in der Roten Armee, seit 1939–1941 Militärakademie Frunse, Juni 1942 Kommandeur des 1. Selbständigen Schützenkorps, August 1942 in deutscher Gefangenschaft, 1943 Leiter der operativen Abteilung des Sonderstabes R, Februar

- 1945 Kommandeur der 3. Division (700. ID russ.) der Vlasovarmee, Mai 1945 von tschechischen Partisanen verhaftet und erschossen.
- 24 S. čuev: Specslužby tretjega reja, S. 190–219; S.I. Drobjazko: Pod znamjonami vraga, S. 130–132.
- 25 1940 Adjutant von General Halder und Leiter der Ostabteilung des Generalstabes des Heeres, 1942 Chef der Abteilung Fremde Heere Ost, seit 1946 Chef des von den USA gegründeten und kontrollierten Spionagedienstes in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands »Organisation Gehlen«, 1956 umbenannt in Bundesnachrichtendienst, 1988 Auszeichnung Bundesverdienstorden mit Stern.
- 26 Vgl. M. Schlapp: Russen in Lichtenstein. Wie sich 500 Russen in das Fürstentum durchschlugen, Vaduz 1994
- 27 Sohn eines Leipziger Buchhändlers, 1928–1934 Jurastudium an der Leipziger Universität, Mitglied des Stahlhelms, danach der SA und SS und Mitarbeiter der Gestapo, 1937 Leiter der Staatspolizei Tilsit, 1939 Führer des Einsatzkommandos in Polen, seit Februar 1940 Leiter des Amtes VI im RSHA (»Unternehmen Zeppelin«), 1944 durch einen Autounfall in Berlin ums Leben gekommen.
- 28 Vgl. S. čuev: Specslužby tretjega reja. S.284–314
- 29 Seit 1929 in der Roten Armee, Abschluss der Leningrader Kavallerie-Schule und der Militärakademie in Moskau, 1931 Mitglied der KPdSU(B), 1941 Stabschef der 229. Schützendivision, seit Sommer 1941 Kriegsgefangener im Offizierslager 28/Wehrkreis II Königsberg (Suljuvek)
- 30 Zitiert nach N.N. Kovalev: Nacistskaja Okkupacija i kollaboacionalizm. S. 330.
- 31 Vgl. ebenda., S. 330;vgl. auch. čuev Prokladye soldaty, S. 232 ff
- 32 Vgl. L.V. Pozdnev/E.N. Kulikov: Vtoraja mirovaja vojna. vtrjoch knigach, Kniga 3, Moskva 2002, 4, S. 724–738, hier S. 427–433
- 33 S. Čuev: Prokladye Soldaten S. 232–240; vgl. Wolfgang Curilla: Die deutsche Ordnungspolizei und der Holocaust im Baltikum und in Weißrussland 1941–1944, Paderborn, München, Zürich, Wien 2006, S. 703–705
- 34 L.V. Pozdnev/E. N, Kul'kov: Vtoraja mirovaja vojna, S. 436
- 35 Vgl. Bernd Gottberg: Kampfmoral der Roten Armee in der Wahrnehmung der deutschen Wehrmachtmedienstelle, in: Rotarmisten schreiben aus Deutschland. Briefe von der Front (1945) und historische Analysen. Herausgegeben von Elke Scherstjanoi, München 2004, S. 313, Anm. 27
- 36 Vgl. ebenda, S. 304. Anmerkung 26.
- 37 In einer Adelsfamilie geboren, Studium in St. Petersburg, seit 1918 in der Roten Armee, 1928–1931, Chef des Stabes des Saratover Infanteriekorps, danach Lehrer an der Generalstabsakademie, Juni 1941 Generalmajor, Leiter der operativen Abteilung des Besonderen Baltischen Militärbezirkes (Nordwestfront), 29. Juni 1941 gefangen genommen, September 1941 Mitbegründer der RTNP im Offizierslager Hammelburg XIII D, Januar 1945 Stabschef der Vlasov-Armee (ROA), am 7. Mai 1945 bei Prag von Partisanen verhaftet, 1946 hingerichtet.
- 38 Sohn eines russischen Geistlichen, 1918 Rote Armee, 1921 KPR(B), 1940 Leiter einer Militärschule in Libau, Juni 1941 in Kriegsgefangenschaft, August 1941 Offizierslager in Hammelburg XIII D, leitete Umschulung der Kollaborateure aus der Roten Armee in der Wuhlheide und in Dabendorf bei Zossen, seit Januar 1945 Leiter der Abteilung Propaganda, im Juni 1945 von den USA an Moskau ausgeliefert und 1946 wegen Verrats an der Heimat hingerichtet.
- 39 Regimentskommandeur (Oberst) im Ersten Weltkrieg und im Bürgerkrieg 1918–1920. Er fand in Deutschland Exil, gehörte zu der Kommission des Ostministeriums, die von September bis Dezember 1941 in deutschen Kriegsgefangenenlagern Rotarmisten für den Kollaboration in der Wehrmacht anwarb, 1945 Chef der persönlichen Kanzlei von General Vlasov. Nach Kriegsende fand er im westdeutschen München Asyl und wurde Kaderchef des Senders Freies Europa
- 40 In einer russischen Offiziersfamilie 1912 in Saratov geboren. Sein Vater, K.V. Sacharow war Stabschef der weißen Kolčak-Armee, emigrierte nach Deutschland, ihm folgte 1923 sein Sohn. Er diente in den 30er Jahren in den Armeen Argentiniens, Uruguays, Chinas und Spaniens (1939). 1940 kehrte nach Berlin zurück und wurde führender Agent von Abwehr und SD (Unternehmen Zeppelin). Er gehörte zu den Gründern der RNNA. 1943 kehrte er nach Berlin zurück und wurde Adjutant von General Vlasov und kommandierte von Januar bis Mai 1945 Einheiten der Vlasovarmee, nach Kriegsende fand er Asyl im Westen.
- 41 I.A. Ivanov war bis 1936 Leiter der deutschen Filiale der Allrussischen Faschisten Partei und danach Stellvertreter der Allrussischen Faschistischen Organisation.
- 42 1910 in Voronež geboren, 1925–1929 Schlosser, 1931 Abschluss am Moskauer Technikum, 1941 Politikommissar (Generalleutnant) der 32. Armee, im Oktober 1941 bei Vjazma gefangen genommen, 1942 Leiter der Propaganda-Abteilung der RNNA in Osintorf/Osinovka, 1944 Chef der Hauptpropagandaabteilung des KONR (Komitee zur Befreiung der Völker Russlands, nach Kriegsende in Mann und Oberursel unter Hausarrest der US-Besatzungsmacht, erst im Oktober 1946 an die UdSSR ausgeliefert.
- 43 Der in einer in einer Arbeiterfamilie im Gouvernement Kiev 1901 geborene V.I. Bojarskij war von März 1941–Januar 1942 Leiter des Stabes des 31. Schützenkorps von, Januar–Juni 1942, Kommandeur des neuformierten 41. Schützenkorps der Roten Armee. Nach seiner Gefangennahme im Juni 1941 trat der sowjetische Oberst in den Dienst der Wehrmacht. Im August 1942 unterzeichnete er zusammen mit dem Überläufer General Vlasov die Erklärung an das Oberkommando, Wehrmacht, eine Russische Befreiungsarmee (OAR) aufzubauen. Von August bis Oktober 1942 kommandiert er die Russische Nationale Volksarmee RNNA in Osintorf und danach bis 1943. Stabs-offizier für Ausbildung und Betreuung der Osttruppen bei der 16. Armee. Im Januar 1945 wird er stellvertretender Leiter der Bewaffnen Streitkräfte Kräfte des Komitees der Nationalen Befreiungsbewegung Russlands (VS KONR)
- 44 Meandrov entstammt einer geistlichen russischen Familie. 1913 absolvierte er die Alexandrov-Infanterieschule und blieb dort auch nach 1917 weiterhin als Lehrer. Sein Vater, Priester an der Kirche des Heiligen Chariton in Moskau, wurde 1932 deportiert und starb im Gulag. Mit Kriegsbeginn 1941 war Oberst Meandrov stellvertretender Stabschef des 37. Schützenkorps und Chef der Operationsabteilung der 6. Armee. Er geriet bei Uman am 2. Juli 1941 in Gefangenschaft. Im Januar 1945 wurde er Chef der Propagandaabteilung der ROA und kommandierte deren 2. Division, die er in das amerikanische Besatzungsgebiet brachte. Im April 1946 wurde er nach Moskau ausgeliefert und wegen Vaterlandsverrates zum Tode verurteilt.
- 45 Vgl. Juri Curganov: Beloémigranty I vtoraja mirovaja Vojna, S. 111–117.

Mephisto, Brandstifter und Intrigant

Ein Amerikaner im Wahlkampf zur Europawahl

In Brüssel existiert ein Büro, das unter der riesigen Zahl von Büros der Europaabgeordneten, Lobbyisten, Konzernvertretungen, Parteien und Verbände nicht unbedingt gleich auffällt. Dieses Büro gehört Stephen Bannon und seinen wenigen Mitarbeitern.

Wer ist dieser Mister Bannon, der auf seine Weise jetzt im Wahlkampf für das Europäische Parlament mitmisch?

Der Amerikaner, geboren im November 1953 in Norfolk (Virginia), ist Publizist, Filmproduzent und politischer Berater.

Nach Schule, Studium und Militärausbildung in verschiedenen Einrichtungen gab er seine militärischen Aufstiegsträume auf (er wäre auch gern Verteidigungsminister geworden). Er wurde ein Anhänger von Ronald Reagan und verachtete dessen Vorgänger Jimmy Carter, weil dieser die Militäroperation gegen Teheran abgesagt hatte, bei der er sich Ruhm erhofft hatte. Als Reagan 1981 Präsident wurde, war er begeistert und wechselte ins Pentagon, wurde Assistent in der Einsatzleitung der Marine. Nebenbei besuchte er Abendkurse in Nationaler Sicherheit und spekulierte mit einigem Erfolg im Gold- und Silberhandel.

Als ihm allmählich klar wurde, dass seine Aufstiegsmöglichkeiten bei der Marine gering waren, erkannte er an der Wallstreet im Zuge des unter Reagan einsetzenden Booms neue Möglichkeiten, studierte noch einmal an der renommierten Harvard Business School (HBS). Durch Zufall lernte er einflussreiche Mitarbeiter der Investment Bank Goldman Sachs kennen, wo er schließlich unter Vertrag genommen wurde (1985). Die Zeit war günstig für Geschäfte. Er fing an, von feindlicher Übernahme bedrohte Unternehmen bei der Abwehr zu unterstützen und sich auf die Bewertung von Filmproduktionsgesellschaften zu spezialisieren. Dabei erwies er sich durchaus talentiert und konnte sein Vermögen rasch vermehren. Er beteiligte sich auch an der Produktion einiger Filme.

1990 gründete Bannon eine eigene Investitionsbank in Beverly Hills »Bannon & Co«, war als Dienstleister an mehreren großen Übernahmen von Filmgesellschaften beteiligt. Er gründete auch noch eine eigene Filmpro-

duktionsgesellschaft die mit 100 Millionen Dollar von einem japanischen Handelsunternehmen ausgestattet war) und wurde zusätzlich Partner in anderen Gesellschaften.

Der Sprung in die Hochfinanz gelang ihm, als er den Milliardär Robert Mercer kennenlernte und für die Nachrichten-Website von Breitbart News Network gewonnen hatte. Schnell wechselte er ins Büro des Direktors des zunächst unbedeutenden Unternehmens.

Da dessen Leiter 2012 plötzlich starb, war der Weg für Bannon frei, der nun selbst die Leitung übernahm. Mit Mercers Unterstützung konnte er die Website ausbauen, viele Mitarbeiter heranziehen. Die Website nannte er selbst eine »Plattform für junge Menschen«, die »sehr nationalistisch, gegen die Globalisierung und gegen das Establishment« seien.

Ebenfalls 2012 gründete er in Tallahassee das Government Accountability Institute (GAI). Dessen Ziel war (nach eigenem Bekunden), »Schmutz« über Politiker auszugraben und damit die Mainstream-Medien, die immer weniger Geld für eigene Recherchen zu Verfügung hatten, zu »füttern«. Diese Organisation wurde ebenfalls mit Mitteln von Mercer finanziert und von dessen Tochter mitgelenkt. Nun schoss sich Bannon auf die Clintons ein. Er unterstützte die Herausgabe eines schmähenden Buches, das angeblich kriminelle Machenschaften von Bill und Hillary aufdeckte. Auf Grundlage des Buches erschien ein Leitartikel in der Times, was zu den bis dahin größten Erfolgen von GAT gezählt wurde. Auch ein Film auf dieser Grundlage gehörte dazu, der dann 2016 auf dem Filmfestival in Cannes gezeigt wurde.

2014 war Bannon an der Gründung der Datenanalysefirma Analytica beteiligt, wo er bis August 2016 als Vizepräsident tätig war.

Bannon und Trump

In den USA ist es durchaus üblich, dass Multimillionäre und Milliardäre aus dieser Gesellschaftsschicht in wichtige und höchste Staatsämter wechseln. Donald Trump ist dafür nicht das einzige Beispiel in der jüngsten Vergangenheit.

Deshalb ist es auch kein Wunder, dass Stephen Bannon in verschiedenen Schritten ebenfalls auf diesem Weg vorwärts wollte. Lange hatte er nach Politikern gesucht, die er zur Durchsetzung seiner populistisch-nationalistischen Agenda gebrauchen konnte, hatte zeitweilig auch auf Sarah Palin und Michele Bachmann gesetzt. Trump, den er 2011 kennenlernte, schien ihm zunächst noch keine ernsthafte Option. Später (als er Breitbart News übernommen hatte), erschienen jedoch dort bewundernde Artikel über Trump. Er hatte den Eindruck gewonnen, dass Trump, der Menschenmassen elektrisieren konnte, geeignet sein könnte, die Politik in den USA aufzumischen. Und Trump begann Bannons Artikel zu lesen und sich auszudrücken. So vermittelte Bannon seine nationalistische Weltsicht an Trump mit weitreichenden Folgen, insbesondere seine Feindseligkeit gegen illegale Einwanderer. In Texas richtete Bannon ein Büro ein, das sich auf die Einwanderer aus Mexiko konzentrierte. Die spätere Fixierung Trumps auf eine Mauer an der mexikanisch-texanischen Grenze wurde schon mit einer von Bannon organisierten Reise an diese Grenze im Jahre 2015 als Teil von Trumps Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen eingeleitet.

Zwar wirkten Bannons Äußerungen in diesem Zusammenhang auch auf andere Anhänger der Republikanischen Partei, jedoch half Bannon so die Werte vor allem Trumps nach oben zu treiben und diesem schließlich den ersten Platz der Kandidaten im Wahlkampf einzubringen. Bannon wurde nun zum Wahlkampfleiter der Republikaner. Die Proteste dagegen konnte er aber herunterspielen, indem er Trump half, dessen anzügliche und herabwürdigende Äußerungen über Frauen durch einen Generalangriff gegen seine Gegenkandidatin Clinton vergessen zu machen. In schmutzigster Weise setzte er darauf, Clinton in ein derart schlechtes Licht zu rücken, dass die Leute »kotzen« würden, wenn sie ihren Namen hörten. Bis zum Wahltag am 8. November 2016 zog Trump die ihm von Bannon vorgezeichnete Strategie durch, nannte Clinton korrupt, eine Gefahr für das Bestehen der US-Verfassung. Bannons verschwörungstheoretisches Weltbild wurde zum Bestandteil von Trumps Reden, in denen er Clinton in ein finsternes Netzwerk einordnete, das den gesamten Globus umfasse mit Banken, Medien, Milliardären wie George Soros und der US-Notenbankchefin Janet Yellen.

Den Dank erntete Bannon zunächst mit seiner Ernennung zum Chefstrategen im Weißen Haus. In seiner Überheblichkeit äußerte er sich in Bezug auf einige Kritiken an der Wahlkampfkampagne Trumps, die er of-

fensichtlich für zu anständig hielt. (Sein Credo: Finsternis sei gut. Dick Cheney. Darth Vader. Satan. Das sei Macht. Es könne nur helfen, wenn die Liberalen es falsch verstehen. Wenn sie blind dafür seien, wer wir sind und was wir tun.) Aus seiner Geringschätzung für das politische Establishment in Washington machte er keinen Hehl – sowohl das der Demokraten als auch das der Republikaner. Lenin habe den Staat zerstören wollen und das sei auch sein Ziel. Er wolle alles zum Einsturz bringen und das komplette heutige Establishment zerstören.

Der »Spiegel« bezeichnete Bannon im Februar 2017 als Militaristen, der den Krieg liebe. Bei ihm zu Hause lägen überall Kriegsbücher herum. Bannon prophezeite Konflikte mit China und weitere Kriege im Nahen Osten, obwohl er sich im Vorfeld gegen einen von Trump angeordneten Luftangriff auf einen syrischen Militärflugplatz ausgesprochen hatte. Er widersprach auch Trump in Bezug auf Nordkorea im August 2017 (kurz vor seinem Rauswurf) direkt, in dem er sagte, dass es dort keine militärische Lösung geben könne.

Er gelangte auch in den Nationalen Sicherheitsrat – nicht ohne eigenes Zutun, was aber erst später aufhiel. Sukzessive wurde Bannon als wichtigster Berater jedoch von Trumps Schwiegersohn Jared Kushner abgelöst.

Bannon blieb immer ein entschiedener Gegner des Klimaschutzes. Mit der Kündigung des wichtigen Klimaabkommens von Paris, die wesentlich Bannons Einfluss auf Trump zugeschrieben wurde, konnte er sich nochmals gegen Kushner durchsetzen. Nach der Umstrukturierung des Nationalen Sicherheitsrates am 5. April 2017 war er aber dort nicht mehr Mitglied. Sein Stern sank. Am 18. August gab das Weiße Haus bekannt, der neue Stabschef John F. Kelly und Bannon seien übereingekommen, dass Bannon seine Tätigkeit für das Weiße Haus am selben Tag beendet.

Zwar twitterte Trump am nächsten Tag, dass er sich freue, dass Bannon eine »starke und kluge neue Stimme bei Breitbart sein« werde, aber dort verlor er bald ebenfalls seine Spitzenstellung. Über die wirkliche Situation Bannons schrieben später andere Medien, Bannon sei völlig verstört, habe geheult. Er sei von Trump nicht nur abseviert sondern »vernichtet« worden.

Bannon musste erleben, dass seine Niederlagen häufiger wurden. Personen, die er bei Wahlen unterstützt hatte, verloren gegen ihre Gegner und immer mehr frühere Bewunderer wandten sich von ihm ab. Zum Dessaster wurde die Veröffentlichung von Auszügen eines

von Michael Wolff verfassten Buches *Fire and Fury*, das auf Interviews mit vielen Mitarbeitern des Weißen Hauses beruhte. Bannon wurde darin so zitiert, dass er nun auch noch in die geheimen Absprachen mit russischen Behörden verwickelt schien und Zusammenhänge von Trumps Schwiegersohn mit Geldwäsche vermutete. Nun reichte es Trump. Er ließ in einer Pressemitteilung erklären, Bannon habe nicht nur seinen Job verloren, sondern auch seinen Verstand. Auch seine Sponsoren bei Breitbart News (Rebekah Mercer und andere) distanzieren sich von Bannon, so musste auch dort sein Engagement enden.

Europa »aufmischen«

Bereits im Jahre 2014 entfaltete Bannon seinen Traum einer rechten Internationale bei einem Forum des Human Dignity Instituts im Vatikan. Schon damals schwärmte er von einem Bündnis aus britischen Rechtspopulisten der Ukip, der französischen »Rassemblement National«, der schweizerischen SVP, der österreichischen FPÖ, der polnischen PIS und der ungarischen Fidesz. Das zentrale Anliegen, dass diese Mitte-Rechts-populistischen Bewegungen verbinde, sei die Sammlung der arbeitenden Männer und Frauen in der Welt, die müde seien von der Davos-Lobby herumkommandiert zu werden. Überall lehnten sich die Leute gegen Entmündigung, gegen zentralisierte Regierungen und supranationale Gebilde wie die Europäische Union auf. Bannon wollte einen Neo-Nationalismus dagegenstellen, der sich auf traditionelle Werte zurückbesinnt und der Globalisierung Grenzen setzt. Starke Länder und starke nationalistische Bewegungen machten starke Nachbarn.

Bannon war vor allem von dem Rechtsruck in Italien angehtan. Dort zeige sich, dass »links« und »rechts« ausgehende Kategorien seien. Beim neuen Paradigma gehe es um Populismus und Anti-Establishment. Mit seinem Mentor Trump teilte er die Verachtung für Angela Merkel. Die deutsche Bundeskanzlerin werde wegen ihrer Flüchtlingspolitik »als destruktivste politische Figur des 21. Jahrhunderts« in die Geschichte eingehen, höhnte er. Dagegen lobte er nach einem Treffen mit Alice Weidel und Beatrix von Storch in Zürich »die fantastischen Persönlichkeiten« der »jungen« AfD-Führer. Im Laufe der Zeit würden sie in der Lage sein, die Mittelklasse anzusprechen und einem jungen Publikum Populismus und Nationalismus nahezubringen.

Den eigentlichen Start seiner »zweiten« politischen Phase, in der er eine »rechte Internationale« gründen, die

europäischen Rechtsparteien vereinen und mit ihrer Hilfe eine »Rebellion« anzetteln wollte, begann er 2018.

Dazu begab er sich auf eine Rundreise durch Europa, die ihn zu vielen rechten und rechtsextremen Gesinnungsgenossen führte. Im März 2018 erschien er zu einem Auftritt beim Parteitag des Front National in Lille, zeigte sich als ein Herz und eine Seele mit Marine Le Pen, denn diese brauchte damals gerade auch Stärkung. Programmatisch warb Bannon wieder für eine weltweite ultrarechte Bewegung gegen das Establishment, die Banken und die Presse.

Im Mai 2018 zog er seine Bahn weiter nach Budapest zur Konferenz »The Future in Europa«, demonstrierte dicke Freundschaft mit Viktor Orban.

Im Juli 2018 kam erstmals das Ziel der direkten Beeinflussung der Europawahl 2019 in die Debatten um Bannon. Die Nachrichten-Plattform »The Daily Beast« berichtete auf der Grundlage eines Interviews mit Bannon, dass er in Europa eine Organisation namens »The Movement« gründen wolle, die nationalistische Organisationen in den Ländern Europas unterstützen und zusammenführen solle. Als sein Ziel nannte er, bei der Europawahl ein Drittel der Plätze im EU-Parlament mit nationalistischen Abgeordneten zu besetzen. Er plane ein Büro mit zehn Mitarbeitern, voraussichtlich in Brüssel.

Als Vorbild nannte Bannon wiederum die neue Regierung in Italien und insbesondere Matteo Salvini. Als perfekten Gegner nannte er wiederum Angela Merkel, die er als komplette Schwindlerin bezeichnete, weil sie Deutschland durch die Vereinbarung zum Bau der Erdgas-Pipeline Nord Stream 2 von Russland abhängig gemacht habe.

Angst vor Bannon?

Angesichts der zahlreichen Aktivitäten und Attacken Bannons hat sich in verschiedenen politischen Kreisen Europas eine gewisse Nervosität breit gemacht, was natürlich von eigener Schwäche zeugt. Die Europawahlen im Mai sind ja in der Tat ein sehr wichtiges Ereignis, bei dem die Weichen in verschiedene Richtungen gestellt werden können. Nicht zuletzt durch den Brexit wird sich die Zusammensetzung des Europaparlaments verändern. Bannons Büro in Brüssel existiert und agiert in Brüssel seit dem Herbst 2018. Es hat sich herausgestellt, dass unter anderem seine Finanzquellen bei weitem nicht so üppig fließen wie erhofft und dass seine großmäuligen Erklärungen oft Schall und Rauch bleiben. Dennoch sind Bannons Einfluss und seine Destruktivität nicht zu unterschätzen. Bannon sei ein Profi, der mehrfach be-

wiesen habe, dass er sein Handwerk verstehe, warnt der Münchener Politikwissenschaftler Werner Weidenfeld. Europäische Politiker fordern, Bannon keine neue Plattform zu bieten.

Vor der Europawahl formiert sich aber auch deutlicher Widerstand gegen reaktionäre Einflüsse von außerhalb. Bannons Versuch, Trumps hasserfüllte Politik auf unseren Kontinent zu importieren, wird von anständigen Europäern zurückgewiesen, twitterte Guy Verhofstadt, Vorsitzender der liberalen Alde-Fraktion im Europaparlament. Udo Bullmann, Chef der Sozialdemokraten im Europaparlament, wirft Bannon vor, seine Idee eines Angriffs auf die Demokratie in der EU voranzutreiben.

Die Ex-Chefin der Grünen, Renate Künast ging noch weiter und forderte, Bannon ein EU-Arbeitsvisum zu verweigern. Im Netz war inzwischen der Hashtag »Ban Bannon« zu lesen.

Auch im rechten Lager in Europa mehren sich die Stimmen der Skepsis und Ablehnung. Es sei die Frage, ob die eurokritischen Parteien überhaupt externer Thinktanks und Unterstützung bedürfen, erklärte Jörg Meuthen, Co-Vorsitzender der AfD und Europaabgeordneter. Er wolle eine »kritische Distanz« zu dem Ex-Berater von Trump behalten.

Für die Partei DIE LINKE und die Europäische Linkspartei bleibt die Einreihung in die Bannon-Gegner existent. Trotz einiger unterschiedlicher Auffassungen in ihren Reihen über die weitere Entwicklung der EU wird sie deren Bestehen nicht in Frage stellen und Angriffe wie die von Bannon und seiner Verbündeten vehement zurückweisen. Auf dem kommenden Parteitag in Bonn hat sie dazu erneut ausreichend Gelegenheit.

Dr. sc. Roland Bach

Hans Modrow gehörte zu den zentralen Persönlichkeiten der Wendejahre 1989/90 und blickt anlässlich seines 90. Geburtstages im Gespräch mit Oliver Dürkop und Michael Gehler auf sein politisches Leben zurück. Aufrichtig und offen beantwortet Modrow über 500 Fragen zu seiner Biographie, zur Geschichte der DDR, der Bonner und Berliner Republik sowie zu Weggefährten und Zäsuren. Dieses umfassende Zeitzeugengespräch ermöglicht es Leserinnen und Lesern, tief in die deutsch-deutsche Teilungs- und Transformationsgeschichte einzutauchen. Zentrale Daten der deutschen Zeitgeschichte, wie die Gründung der DDR 1949, die Stalin-Note von 1952 oder der Mauerbau 1961, kommen ebenso zur Sprache. Der Schwerpunkt der Gespräche liegt auf den dramatischen Ereignissen der Jahre 1989/90: Modrow bekam vor diesem Hintergrund die Chance, auf die höchste politische

Entscheidungsebene der DDR zu gelangen, einem Staat, der in seine schwerste Krise geraten war. Er selbst musste in seiner Karriere viele politische Rückschläge einstecken: das Ende der DDR, die Niederlage seiner Partei bei den Volkskammerwahlen im März 1990, die Verurteilung wegen angeblicher Beteiligung an Wahlfälschungen und den Vorwurf der Aktenvernichtung. Als Mitglied des Deutschen Bundestages (1990-1994) und des Europäischen Parlaments (1999-2004) sowie Mitbegründer der Sozialistischen Linken Europas war er trotz allem bis zuletzt politisch aktiv und stritt bis zuletzt für die Freigabe seiner BND-Akte.

Modrows Erinnerungen werden mit dem Forschungsstand, Erinnerungen Dritter und seinen bisherigen Publikationen kontrastiert und kontextualisiert. Anmerkungen zu Personen und Ereignissen sowie Dokumente und Fotomaterial aus

In Verantwortung

Hans Modrow und der deutsche Umbruch 1989/90

herausgegeben von Oliver Dürkop und Michael Gehler



StudienVerlag

Privatbesitz komplettierten ein außergewöhnliches zeitgeschichtliches Dokument.

*Oliver Dürkop,
Michael Gehler (Hrsg.)
In Verantwortung
StudienVerlag, 584 Seiten*

Er will es noch einmal wissen ...

Udo Voigt und die NPD im Europa-Wahlkampf

Zur Europawahl am 26. Mai 2019 tritt er noch einmal an. Er hat noch nicht aufgegeben, seine neonazistische Hetze und seine Parolen zu verbreiten, er will noch einmal ans Rednerpult des EU-Parlaments, noch einmal für seinen Sitz dort fünfstelligen Diäten kassieren: Der militante Neonazi Udo Voigt ist Spitzenkandidat der NPD im Wahlkampf.

Geboren 1954 im nordrhein-westfälischen Viersen studierte der gelernte Metallflugzeugbauer zunächst zwei Semester Luft- und Raumfahrttechnik an der Fachhochschule in Aachen, brach das Studium aber wegen seiner Einberufung zur Bundeswehr ab. Als Zeitsoldat diente er zunächst bis 1984, als Offiziersanwärter der Luftwaffe wurde er anschließend an der Offiziersschule der Luftwaffe in Neubiberg und der Raketenschule der Luftwaffe in USA (El Paso, Texas) ausgebildet, war Truppenoffizier auf einem Nato-Schießplatz in Griechenland und in weiteren militärischen Funktionen in Bayern eingesetzt. Er hatte es bis zum Hauptmann gebracht, musste jedoch (1968 war er in die NPD eingetreten) auf Grund von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen des Militärischen Abwehrdienstes (MAD) die Bundeswehr verlassen, die ihn wegen seiner Weigerung, die aktive Mitgliedschaft in der NPD zu beenden, nicht als Berufssoldat übernahm. Seine Klage dagegen wurde 1984 vom Bundesverwaltungsgericht abgewiesen.

Im Anschluss an seine Militärzeit war sein weiterer Weg in der Politik vorgezeichnet. Zunächst studierte Voigt von 1982 bis 1987 zehn Semester Politikwissenschaft an der Hochschule für Politik im München. Das Studium schloss er als Diplom-Politologe an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in München ab. Zunächst war er noch auf unteren Stufen der NPD zu finden, 1972 bis 1974 im Kreisvorstand Viersen der NPD, seit 1982 Mitglied des bayrischen Landesverbandes, wurde er dort ab 1984 Mitglied des Präsidiums der Landespartei. Von 1986 bis 1993 leitete er das NPD-Bildungszentrum, das man nach Iseo in Oberitalien verlegt hatte. Ebenfalls 1986 wurde er in den Bundesvorstand der NPD und 1992 zum Landesvor-

sitzenden der NPD in Bayern gewählt. Schon vier Jahre später kandidierte er erfolgreich für das Amt des Bundesvorsitzenden der NPD, während der bis dahin amtierende Deckert im Gefängnis saß. 2002 und 2004 wurde er im Amt bestätigt.

Als Vorsitzendem gelang es ihm, die Partei aus der relativen Bedeutungslosigkeit jener Jahre herauszuführen, neue Netzwerke zu knüpfen, verstärkt mit parteiungebundenen Personen der rechtsextremen Jugendkultur und mit sogenannten freien Kameradschaften zusammenzuarbeiten. Die Beziehungen zu rechtsextremistischen Parteien und Gruppen in anderen Ländern konnte er verbessern und vertiefen. Alessandra Mussolini besuchte er im Straßburger Europaparlament.

Da die NPD einen Bedeutungszuwachs erlangt hatte und sich immer aggressiver politisch ausrichtete, leiteten Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat im Jahre 2001 ein Verbotsverfahren gegen die Partei ein, das jedoch im März 2003 aus formalen Gründen durch das Bundesverfassungsgericht eingestellt wurde.

Nach hohen Wahlerfolgen bei den Kommunalwahlen und Landtagswahlen in Sachsen im Jahre 2004 konnte die NPD erstmals seit den späten 1960er Jahren wieder mit zwölf Mandaten in ein deutsches Landesparlament einziehen. Auch das Ergebnis von 1,6 Prozent der Zweitstimmen (und 1,8 Prozent der Erststimmen) bei der Bundestagswahl 2005 konnte sie als Erfolg betrachten.

Für die Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses im September 2006 trat Udo Voigt als Spitzenkandidat der NPD an, blieb jedoch an der Fünf-Prozent-Hürde hängen. Bei der Wahl der am gleichen Tag stattgefundenen Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks Berlin-Köpenick gewann er jedoch eines von drei Mandaten und behielt dort bis 2011 das Amt des Fraktionsvorsitzenden.

Die Funktion als Parteivorsitzender verlor er beim Parteitag in Neuruppin (20.11.2011), er wurde damals von Holger Apfel abgelöst. Anfang 2012 engagierte die NPD Voigt als Berater gegen ein drohendes neues Partei-Verbotsverfahren, das dann allerdings im Janu-

ar 2017 vom Bundesverfassungsgericht aus formalen Gründen abgewiesen wurde. In den Klageschriften waren auch Aussagen von ehemaligen V-Leuten des Verfassungsschutzes zitiert worden.

Voigt geht zum Europaparlament

Der Bundesparteitag der NPD am 18. Januar 2014 in Kirchheim bestimmte Voigt zum Spitzenkandidaten für die Europawahl 2014. Dabei setzte er sich gegen den amtierenden Parteivorsitzenden Pasteurs durch. Bei der Europawahl in Deutschland 2014 gelang es ihm dann schließlich, erstmals in der Geschichte der NPD, einen Sitz bei einer bundesweiten Wahl einzunehmen. Nach dieser Wahl trat Voigt als Parlamentarier im EU-Parlament auf und wurde sinnigerweise Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Seine vielen Strafverfahren aus den vergangenen Jahren hinderten ihn nicht daran, weil er dank findiger Anwälte stets mit Bagatelldelikten, Verwarnungen und Geldzahlungen davon gekommen war.

Es gibt für seinen Weg in Brüssel/Straßburg mehrere Gründe, die halfen, Hürden für den neuen Aufstieg wegzuräumen. Der erste und entscheidende war die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das in zwei Urteilen 2014 Sperrklauseln zur Europawahl für verfassungswidrig erklärt hatte. So konnten sieben kleine deutsche Parteien mit je einem Abgeordneten ins Europaparlament einziehen, darunter die Piraten, die FREIEN Wähler, die ÖDP, die Satirepartei »DIE PARTEI« und eben die NPD mit Voigt.

Im Juli 2018 hatten Europaparlament und Europarat für eine Sperrklausel gestimmt, die jedes Land zwischen zwei und fünf Prozent hätten festlegen können, was aber zuvor in allen Mitgliedsstaaten hätte ratifiziert werden müssen. Aber ausgerechnet Deutschland kam hier nicht voran. Auch Belgien und Italien zögerten den Prozess lange hinaus. Zwölf Monate vor dem Wahltag Änderungen herbeizuführen, hätte gegen den europäischen Kodex für Wahlen verstoßen. So bleibt es bis 2024, aber natürlich hätte dann auch die NPD keine Chance mehr auf die Teilnahme.

Zwar trieb die Bundesregierung die Einführung einer Sperrklausel vor den Wahlen 2019 erneut voran, scheiterte jedoch, weil die geplante Änderung hier mit Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat hätte ratifiziert werden müssen. Das aber ließ sich gegen den Widerstand der Union und der Grünen nicht durchsetzen, die sich für staatenübergreifende Wahllisten nicht einigen konnten.

Verbotsverfahren

Die so entstandenen neuen Hoffnungen für die NPD wurden auch dadurch genährt, dass inzwischen ein neuer Verbotsantrag zum Verbot der NPD im Jahre 2017 gescheitert war. Am 3. Dezember 2012 hatte der Bundesrat nahezu einmütig beschlossen, einen neuen Anlauf für ein Verbot der NPD zu nehmen. Der NSU-Skandal hatte die Debatte darüber verstärkt. Am 3. Dezember 2013 hatte der Bundesrat die Klageschrift beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Im Jahre 2015 war er aufgefordert worden, weitere Belege dafür zu liefern, dass die NPD eine antidemokratische, kämpferisch-aggressive Partei sei. Dafür dokumentierte der Bundestag entsprechende Fälle und am 1. März 2016 begann das Bundesverfassungsgericht die mündliche Verhandlung des Verbotsverfahrens. Der Antrag hatte einen Umfang von mehr als 250 Seiten und listete mehr als 300 Belege auf. Das im Antrag zitierte Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte formulierte deutlich, dass sich in der Verehrung zentraler Kultfiguren des Nationalsozialistischen Deutschland, die in ihren historischen Vorbildfunktionen herausgearbeitet werden, die Wesensverwandtschaft zwischen NSDAP und NPD bis zur Wesensidentität verdichtet.

Das Bundesverfassungsgericht lehnte jedoch erneut ein Verbot der NPD ab. Die Partei sei zwar verfassungsfeindlich, sie habe aber nicht das Potential, ihre verfassungsfeindlichen Ziele durchzusetzen, urteilten die Richter. Die Partei arbeite planvoll und mithinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer Ziele hin. Es fehle (derzeit) aber an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt. Der Antrag des Bundesrates wurde deshalb zurückgewiesen. Die zu erwartende mannigfaltige Kritik in der demokratischen Öffentlichkeit an der Entscheidung kommentierte Gerichtspräsident Voßkuhle deshalb schon vorab mit der Bemerkung »ein Parteiverbot sei kein Gesinnungs- oder Weltanschauungsgebot«. Er verwies auf andere Reaktionsmöglichkeiten, etwa den Entzug der staatlichen Parteienfinanzierung.

Die Tribünen, die der NPD geboten worden waren, konnte sie jedoch in der Folgezeit nicht nutzen. Es ging mit der Partei weiter abwärts. Sie flog aus allen Landtagen. Innerhalb von zehn Jahren waren ihre Mitgliederzahlen von 7.000 nun auf 4.500 gesunken. Bei weiteren Wahlen musste die NPD entscheidende Niederlagen einstecken. In Niedersachsen und Schleswig-Holstein trat sie gar nicht erst an, in NRW und im Saarland verlor sie vie-

le Stimmen. In Hessen blieben ihr 2018 noch 2,2 Prozent der Stimmen. Bei der Bundestagswahl stürzte sie 2017 von 1,3 Prozent auf 0,4 Prozent ab. Sie verfehlte nun auch die Grenze, um Wahlkampfkosten erstattet zu bekommen. Viele Stimmen verlor sie an die AfD und es entstand Konkurrenz mit neonazistischen Parteien wie Die Rechte und III. Weg. Übrig blieben Sitze und Fraktionen auf kommunaler Ebene in Kreistagen und Gemeinderäten. Die NPD verkündete inzwischen, dass sie jetzt weniger Wahlpartei als vielmehr Weltanschauungspartei sein wolle.

Erledigt ist die NPD deshalb noch lange nicht. Sie versteht sich als Arm einer rechtsextremen Fundamentallopposition, die Partei sei dabei lediglich Mittel zum Zweck tönte es schon vor Jahren. Die Partei habe den Auftrag, Werkzeug zu sein, um einen Maximalschaden des Parteienstaates zu erreichen (Parteivorsitzender Udo Pasteurs 2009). Von Voigt ist noch der Slogan geläufig, die NPD sei der Weg, das Reich aber das Ziel.

Rechtsrockkonzerte wie im thüringischen Themar oder in Ostsachsen verschaffen der NPD immer wieder Zulauf. Die Bandbreite der Methoden ihrer Werbung ist dabei angewachsen, die NPD veranstaltet auch Balladenabende, Tätowierkunst-Events, Kampfsportarenen, Musikfestivals und Häkelabende für Frauen.

Voigt als »aktiver Parlamentarier«

Die vergangenen Jahre als fraktionsloser Abgeordneter nutzte Voigt vor allem propagandistisch. Einerseits gab er sich als den Anliegen der Bürger zugewandt, andererseits machte er keinen Hehl aus seinen zutiefst rechtsextremistischen Anschauungen. Das Ziel, seinen Wahlerfolg von 2014 zu wiederholen, behielt er dabei fest im Auge. Stolz erzählte er von Reisen in den Iran und nach Syrien, wo er sich mit Vertretern des Assad-Regimes ablichten ließ. Sein Mandat finanzierte auch zwei Büros in Deutschland und Praktikumsplätze für Neonazis. Zur Seite der Anbiederung gehörte sein Eintreten für den Tierschutz, wenn er den Transport von Tieren innerhalb und außerhalb der EU anprangerte. Er schloss sich auch den Forderungen nach Verbot von Glyphosat an und kritisierte die Einschränkung des Urheberrechts im digitalen europäischen Binnenmarkt. Themen waren für ihn ebenso die Diskriminierung der russischen Sprache in der Ukraine, die Aktivitäten des gegen Russland gerichteten britischen Desinformationsnetzwerkes »Integrity Initiative«, das vom britischen und US-Außenministerium, von der NATO und vom litauischen Verteidigungsministerium finanziert wurde, die Ablehnung der

Ausweitung des strategischen EU-Einflusses auf Kasachstan und die Ankündigung von Vorbereitungen Israels für einen Krieg gegen den Iran.

Das beherrschende Denken Voigts kam immer wieder zum Vorschein, sobald es um Flüchtlinge und Immigration ging. Beim Tagesordnungspunkt »Gerechte Besteuerung für eine faire Gesellschaft« knüpfte er an die vorgebrachten Kritiken zur Steuerhinterziehung durch große Konzerne in der EU und soziale Ungerechtigkeiten an, um dann das Thema gegen Flüchtlinge zu wenden und ein Menge von Unwahrheiten über die finanzielle Ausstattung von Flüchtlingen zu verbreiten. Der Sitzungspräsident entzog ihm deshalb das Wort. Auch bei der Behandlung der Afrika-Strategie der EU (im Jahre 2017) forderte Voigt, die legale Migration dürfe nicht gefördert werden, nützlich sei nur die »Reimmigration«. Scharf trat er auf, als Fälle von Handel mit Reisedokumenten aufgedeckt wurden, mit deren Hilfe Flüchtlinge die nicht erlaubte Einreise in die EU erzwungen hatten. Er berief sich dabei auf den österreichischen Bundeskanzler Kurz, der angefangen hatte, bestimmte Schleppermodelle zu zerschlagen und forderte Konsequenzen der EU.

Neuer Anlauf

Im hessischen Büdingen, wo die NPD 2016 bei der Kommunalwahl noch zehn Prozent der Stimmen geholt hatte, startete die NPD am 17. 11. 2018 den neuen Anlauf für eine Teilnahme an der Europawahl im Mai 2019. Die »Festung Europa« sollte erobert werden. Die NPD rief ihre Anhänger auf, Unterstützerunterschriften zu sammeln. Sie benannte Udo Voigt als Spitzenkandidaten, der im Wettbewerb gegen Deckert 85 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Zugleich wurden neun weitere Funktionäre auf eine Kandidatenliste gesetzt, darunter Chefpropagandist Rony Zasowk (Brandenburg), die Vorsitzende der NPD-Frauenorganisation Ricarda Riefling (Rheinland Pfalz), Bundesorganisationsleiter Sebastian Schmidtke (Berlin), Sascha Roßmüller (Beisitzer im Landesvorstand Bayern), die Landesvorsitzende der NPD aus NRW und die stellvertretenden Landesvorsitzenden aus Hamburg und Schleswig-Holstein.

Die NPD schaffte es, in den folgenden Wochen 4.000 Unterschriften zur Unterstützung ihrer Kandidatur zu sammeln, die sie dann fristgemäß beim Bundeswahlleiter einreichte. Bundesorganisationsleiter Schmidtke übergab sie am 21. Februar 2019. (Insgesamt reichten 53 politische Vereinigungen ihren Antrag ein, dazu die CSU als Kandidatur nur für ein Bundesland).

Dennoch blieb gerade in dieser Zeit kein Zweifel an der Verfassungswidrigkeit der NPD. Streng blieben Voigt und die Partei auf dem vom Parteivorsitzenden Frank Franz auf dem Parteitag 2017 in Saarbrücken vorgezeichneten Kurs: »Wir werden keinen Deut von unserem bestehenden Parteiprogramm abweichen, wie wir unverrückbar an unserem programmatischen Dreieck von nationaler Souveränität, nationaler Identität wozu selbstverständlich das Abstammungsprinzip und unser ethnischer Volksbegriff gehören, festhalten.«

In der Praxis zeigte sich das gerade in der Vorwahlzeit an vielen Veranstaltungen und Aktionen. Zasowk forderte am 7.3.2019, mit politischer Korrektheit müsse Schluss sein, man brauche Meinungsfreiheit, so wie die Neonazis sie verstehen. Das Thema Flüchtlinge blieb ganz oben auf der Agenda. Rossmüller wiederholte die Losung »Altersarmut bekämpfen statt Finanzierung von Flüchtlingen« und die Plakate der NPD riefen, es sei Zeit für die Abschiebung.

Voigt solidarisierte sich jüngst mit den rechtsgerichteten belgischen Ablegern der Gelbwestenbewegung und ergriff das Wort vor einer Filiale der Rothschild-Bank in Brüssel. Mit einer Abordnung der spanischen Faschisten traf er sich trotz Verbot durch die parlamentarische Verwaltung im Parlamentsgebäude. Er lasse sich von

den Eurokraten nicht aufhalten. Mit Abgeordneten aus zwei anderen EU-Ländern forderte Voigt die Freilassung des in der JVA Brandenburg einsitzenden rechtsextremistischen Rechtsanwalts Horst Mahler.

AM 15. März wird über die Zulassung der beantragten deutschen Kandidaturen für die Wahlen zum Europaparlament im entsprechenden Ausschuss entschieden. Da die NPD mit Voigt bereits im Europaparlament sitzt, ist an ihrer Zulassung zur Wahl nicht zu zweifeln. Eine andere Frage ist aber natürlich der Stimmenanteil, den sie im Mai erringen kann, um Anspruch auf einen oder mehrere Sitze zu erlangen.

Da es in den vergangenen Jahren nicht gelang, der NPD und Udo Voigt den Weg ins Europaparlament zu verlegen, kommt es nun darauf an, durch den aktiven Kampf zur Aufklärung über diese neofaschistische Partei und ihre führenden Vertreter am 16. Mai deren Stimmenanteil so gering wie möglich zu halten und so von weiteren Provokationen und Aktionen abzuhalten. Das schließt auch den Kampf gegen die anderen neofaschistischen Kleinparteien und die Rechtspopulisten der AfD ein, die in vielem Slogans der NPD übernommen haben.

Dr. sc. Roland Bach

Schöner leben ohne Nazis

»Schöner leben ohne Nazis« gibt es nicht als **T-Shirt-Motiv** und **Turnbeutel**, sondern auch **Mütze** und als **Brotdose**. Der Gewinn aus dem Verkauf fließt zu 100 Prozent in den Initiativenfonds. Aus ihm erhalten Initiativen, die sich in Brandenburg gegen rechts engagieren, unbürokratisch und schnell einen Zuschuss von bis zu 150 Euro. Den **Luftballon** »Kein Ort für Nazis« sowie diverse **Plakate** und **Broschüren** verschicken wir kostenlos. Ganz neu: Anlässlich der Europawahl haben wir das **Plakat** »Schöner leben ohne Nazis« in fünf Sprachen übersetzt.



www.aktionsbuendnis-brandenburg.de/shop

Eine Vertriebene aus dem Jahr 1938:

»Wir wussten, vor wem wir flohen und wann wir zurückkehren würden.«

Ich stamme aus dem mährisch-schlesischen Grenzgebiet, aus einer Gemeinde mit vorwiegend deutscher Einwohnerschaft. Im Jahr 1925 heirateten meine Eltern – Arbeiter – standesamtlich, nachdem sie beide aus der Kirche ausgetreten waren. Sie bauten ein Haus, das mit einer Hypothek belastet wurde. Das gesellschaftliche Leben in unserer kleinen Stadt Odry war mannigfaltig. Mittelpunkt arbeiterschaftlicher Aktivitäten war das Arbeiterhaus. Hier wurden gesellschaftliche, kulturelle und sportliche Veranstaltungen durchgeführt, blühten Gewerkschafts- und Vereinstätigkeit. Hier fanden Festakte zum 1. Mai sowie zum Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution statt. Auch traditioneller Feiertage gedachte man, an denen dann Ganztagesausflüge organisiert wurden.

Mein Vater, ein sehr vielseitiger Mensch, brachte sich aktiv in das öffentliche Leben ein. Dank ihm habe ich bereits als Achtjährige verstanden, was sich hinter dem Wort »Faschist« verbirgt; ich wusste, was in Abessinien, in Hitlerdeutschland, in Spanien vor sich ging, und Namen wie Georgij Dimitrov, Ernst Thälmann, Karl Liebknecht, Dolores Ibárruri u. a. waren mir ein Begriff. Wir alle kannten die Lieder der Revolution, der Arbeiter und der Sowjets.

Unser relativ sorgenfreies Leben wurde durch die zunehmende Aktivität der Faschisten und Anhänger Konrad Henleins¹ gestört. Es setzte eine große Differenzierung innerhalb der deutschen Bevölkerung ein. Jene, die »Heil« riefen, Mädchen mit Zöpfen und weißen Kniestrümpfen, wurden mir zu Feinden. Faschistische Kampfbünde trieben sich um, und es kam vor, dass Antifaschisten physisch attackiert wurden. Zum Beispiel: Wir unternahmen einen Tagesausflug ins Grüne. Dutzende proletarischer Familien freuten sich darauf. Sportlich gingen die Tüchtigen zu Fuß, die Kinder mit Begleitung fuhren im Leiterwagen, den Rest bildeten Radfahrer. Unterwegs sangen wir unsere Lieder. Im Nachbarort Fulnek fühlten sich dadurch offensichtlich einige Henlein-Anhänger provoziert (sie hatten hier einen starken Rückhalt), denn diese stürzten sich alsbald auf unsere Radfahrer und rissen sie vom Sattel.

Meinen Onkel Evžen verprügelten sie. Er kehrte darauf spät abends im zerrissenen Sakko heim. Ein anderes Mal, kurz vor der Okkupation des Grenzgebietes, versuchte eine Gruppe Faschisten in der Nacht, die Post zu überfallen. Im Inneren des Gebäudes war unter den Verteidigern auch mein Vater. Sie waren fest entschlossen, auch von den Schusswaffen Gebrauch zu machen. Letztendlich aber kam es nicht zum Kampf. Vorerst hatten sie sich verteidigt. Die ganze Hoffnung setzte man – zumindest in unserem Umkreis – zu dieser Zeit auf die Sowjetunion. Fanden sich da doch geflüchtete Antifaschisten, spanische Republikaner, Kommunisten, die in ihrem Land verfolgt wurden.

Vertreibung aus der Heimat²

München 1938 traf ins Leben von Millionen Tschechoslowaken. Die Besetzung der Grenzregionen bedrohte unmittelbar die Existenz zehntausender Antifaschisten aller Nationalitäten. Mein Geburtsort Odry wurde am 13. Oktober vom deutschen Heer okkupiert. In den frühen Morgenstunden fielen sie ein, um die Kommunisten festzunehmen. Heftige Schläge ans Fenster weckten meine Schwester und mich (dieses Geräusch kann ich bis heute nicht ausstehen). Im Finstern waren vier Gestalten in dunklen Uniformen auszumachen. Gleich darauf brachen die Männer ins Haus ein. Sie durchwühlten alles aufs Gründlichste. Zu derselben Zeit suchten sie Vater auch bei der Verwandtschaft. Glück gehabt: Vater schlug sich unterdes mit Kameraden durch den Wald ins Landesinnere. Es gelang ihnen, die Grenze zu überqueren und sich so zu retten. Am Vormittag dann marschierte bereits die Wehrmacht durch die Stadt, und die Bürger von Odry begrüßten sie mit der erhobenen Rechten. Für uns Antifaschisten bedeutete dieser Gruß: Sooo hoch liegt der Dreck in Deutschland.

In den folgenden Tagen konnten wir für mich und meine Schwester eine amtliche Ausreisegenehmigung ins Landesinnere besorgen. Unsere kranke Mutter musste daheim bleiben. Innerhalb von drei Stunden hatten wir gepackt, in Eile und Angst, dass die altneue »Führerschaft« ihre Erlaubnis vorher zurücknehmen könnte.

Vorher war bei uns schon eine Frau, die meine Daten aufnahm, um mich womöglich in die »Umerziehung« zu geben. Ich habe mich unter Tränen geweigert, wegzufahren. Später – vielleicht zwei Stunden – wurden wir zwei Schülerinnen, neun- und dreizehnjährig, am Grenzübergang der Gegenseite übergeben. Wir hatten die Heimat, die nie mehr das sein würde, was sie gewesen war, verlassen. In Hranice na Moravě verbrachten wir einige Wochen in einem Sammellager für Flüchtlinge. Zum neunten Geburtstag bekam ich von Vater Glückwünsche aus Prag mit dem Hinweis, ich solle in eine tschechische Schule gehen. Bald aber bot sich die Gelegenheit, ihm nachzufahren.

Flüchtlingslager in Prag

Eins der Prager Zentren für Geflohene befand sich im unteren Teil des Wenzelsplatzes. Eine Halle mit Strohsäcken auf den Pritschen diente als Nachtlager. In dem Raum drängten sich um die fünfundzwanzig Menschen mit ihrem Gepäck, worin sich oft das einzige befand, was ihnen geblieben war. Hier kamen uns kostbare Familienwertgegenstände abhandeln – eine goldene Uhr, eine Halskette, Ringe. Wer weiß, vielleicht haben sie ja jemandem das Leben gerettet? Oder bestahlen etwa die Unterkunfts inhaber die Emigranten?

Vater sahen wir tagsüber. Er suchte in dieser Situation nach einer Lösung. Wohl wusste er, dass er sich würde verstecken müssen, war er doch bekannt als Organisator und Teilnehmer antifaschistischer Initiativen und deswegen ungeeignet für die Arbeit in der Illegalität. Einziger Ausweg – raus aus der Republik. In den ersten Märzwochen fand er unsere Rettung. Ein Transport sollte Kinder aus antifaschistischen Familien nach Schweden bringen, in ein Land, in dem mehrere Generationen keinen Krieg kannten.

Nach Schweden

Ort des Abschieds war der Wilson-Bahnhof. Am Gleis drückten und schoben sich die Erwachsenen, während die Kinder im Waggon von Mitarbeitern des Roten Kreuzes übernommen wurden. Wir zwängten uns ans Fenster, um einen kurzen Blick auf unsere Angehörigen zu erhaschen, während der Zug langsam losfuhr. Werden wir uns irgendwann wiedersehen? Nie werde ich diesen Moment vergessen!

Mein Schlaf wurde oft von dem Geschrei nach »heißen Würstchen« oder von anderen Bahnhofsdurchsagen unterbrochen. Neben mir erkannte ich meine Gefährten. Der Jüngste war ein etwa dreijähriger Bub, ein Blond-

schopf mit Löckchen. Daneben ein paar größere Mädchen sowie auch junge Jüdinnen, gerettet von Antifaschisten aus Liberec, die wohl schon keine Eltern mehr hatten. Noch vor der Abfahrt aus Prag hatten mir einige Freunde in mein Poesiealbum ermutigende Verse geschrieben, die in der Zukunft wichtig für mich sein sollten.

Unser Weg führte über Mähren ins polnische Danzig, wo das Überseeschiff Bathory zu unser aller ersten Seefahrt aufbrach. Überfüllt mit Emigranten steuerte es Richtung USA, mit Zwischenhalt in Kopenhagen. Sein Deck gewährte mittellosen Flüchtlingen Schutzraum. Die ganze Reise über kümmerte sich eine alte Dame um uns Kinder. Kajüten waren uns zur Verfügung gestellt worden. In Kopenhagen stiegen wir auf ein Schiff um, dass uns nach Malmö beförderte. Aufgrund der Quarantäne – es war Diphtherie ausgebrochen – verbrachten wir noch einige Zeit in Göteborg.

Ich erinnere mich, wie ich zum ersten Mal auf schwedische Kinder traf. Wir alle waren in einem geräumigen Gebäude mit großem Garten untergebracht. Das Wetter war uns gewogen, und wir konnten Zeit draußen verbringen. Über den Zaun hinweg beobachteten wir das Geschehen auf der Straße, wohin wir selbstverständlich nicht durften. Ohne Worte meisterten wir einen Vorfall, als einheimische Jungs auf den sandigen Fußweg am Zaun Hakenkreuze ritzen. Auf der Stelle ersetzten wir diese Symbole durch unsere proletarischen.

Nach Ablauf der Quarantäne wurden wir alle auf schwedische Familien verteilt. Meine Ersatzfamilie stellte mir alles Nötige, und ich bekam sogar noch eine um ein Jahr jüngere Schwester, ich hatte neue Mitschüler und Freundinnen. Ein Leben fast wie im Märchen! Die Familie sorgte für häufige Kontakte mit meiner eigenen Schwester und für Besuche der Kinder unseres Transports. Ja, nicht jedem wurde es so leicht gemacht, mit der Sehnsucht nach der Heimat und den Lieben fertig zu werden.

Unser Vater musste aus der besetzten Republik fliehen. In Polen wurde er steckbrieflich gesucht, gefasst und etwa zehn Tage grausam gefangen gehalten. Alles ging gut aus, nach der Entlassung musste er nur innerhalb von 24 Stunden das Land verlassen. Er überschritt die Grenze Richtung Sowjetunion und nahm über die Internationale Rote Hilfe (IRH) Kontakt mit uns auf. Aus seinen Briefen erfuhren wir über das Weltgeschehen, über die Schicksale unserer Antifaschisten (z. B. Josef Haken, Vladislav Vančur, Ivan Sekanina). Oft waren Briefe beigefügt, die ich und meine Schwester weiter nach Hau-

se oder nach Spanien schickten. Sie waren von Genossen, die nach der Niederlage der Spanischen Republik in der Heimat Familien hinterließen und von ihnen lange Zeit keine Nachrichten bekamen. Man sollte nicht wissen, wo sie zu finden waren. Im Oktober gleichen Jahres schrieb uns Vater: »Wir müssen froh sein, dass wir nicht in England sind, dort geht es unseren Genossen schlecht, und noch schlechter in Frankreich.« Später teilte er uns auf Deutsch mit: »Unsere Emigranten in England sind jetzt alle in ein Lager gesteckt worden.« Er selbst lebte einige Monate in einer Kurstätte unweit Moskaus, suchte dort Unterkunft und Arbeit. Mit Erfolg. Zum ersten November 1939 bekam er Arbeit in einem bekannten Betrieb, dem Automobilwerk in Gorkij (Auto GAZ). Welch ein Glück, in seinem Umfeld befanden sich Angehörige von vierzehn Nationalitäten, er lernte Spanisch, um sich besser mit seinen Kollegen und seinen Mitbewohnern besprechen zu können.

Wiedersehen in der Sowjetunion

Die Expansion Hitlerdeutschlands ging weiter. Neues Opfer – Norwegen. Wir – ich und meine Schwester – wohnten nahe der Grenze. Aufgrund dieser Situation beschloss mein Vater, uns zu sich zu holen, wenn unsere Mutter schon im Protektorat bleiben musste. Über die Internationale Rote Hilfe setzte er sich in Verbindung mit der Familie eines Mitarbeiters der russischen Botschaft in Stockholm, die nach zweijährigem Dienst in Schweden nach Leningrad heimkehrte. Sie begleitete uns – zwei minderjährige Mädchen – in die Sowjetunion. Bei ihren Verwandten sollten wir Vater wiedersehen. Wie viele ungeheuer schwere und dramatische, aber auch glückliche Momente mussten wir während der vergangenen Monate der Trennung durchleben! Welch unvergessliches Geschehnis: In der weiten Bahnhofshalle fesselte die berühmte Lenin-Statue meine Aufmerksamkeit, und auf sie starrend, verlor ich die beiden für einen Moment aus den Augen.

Unser Weg führte nach Opalicho, dem Ort, an dem Vater sich zuvor kuriert hatte. Wir wohnten unter einem Dach mit den Genossen Antonín Zmrhal, Josef Krosnář, mit Interbrigadisten, mit der Schwester und der Mutter von Dolores Ibárruri³ sowie mit anderen Persönlichkeiten. Wir gingen auf eine russische Schule. (Das letzte Foto mit Vater zeigt uns auf dem Weg zur Schule.) Um es näher zu uns zu haben, zog Vater um nach Serpuchova, wo er eine Stelle als Meister im dortigen Gummiwerk bekommen hatte. Im Mai 1941 waren wir zusammen beim Begräbnis von Bohumir Šmeral⁴ auf dem

Nowodewitschi-Friedhof, wir gingen vorbei an den letzten Ruhestätten des Piloten Čkalov,⁵ der ersten Frau Stalins u. a. Ferner sicherte er uns einen Sitz auf der Tribüne neben Lenins Mausoleum zur Feier des 1. Mai auf dem Roten Platz. Als das Schuljahr 1940–41 sich dem Ende zuneigte, freute ich mich auf das von der Pionierorganisation angekündigte internationale Pionierlager Artëk auf der Krim.

Krieg

All das änderte der 22. Juni 1941. Am Morgen dieses Tages bat man uns Kinder – wir waren zu fünft in der Kurstätte – jedes Zimmer abzulaufen und alle zur zehnten Stunde im Gemeinschaftsraum zusammenzurufen. Dort hörten wir die Nachricht vom Wortbruch des faschistischen Deutschlands und vom Beginn eines großen patriotischen Krieges. Mit dieser Nachricht ging unser Jahresaufenthalt in der Kurstätte zu Ende. In den ersten Tagen des Krieges versteckten wir uns mit Freunden in den Heuhaufen auf der Wiese und beobachteten den Himmel. Zahlreiche Ballons mit Netzen schützten den Luftraum. Wenn es einem einzelnen Flugzeug gelang, die Abwehr zu umfliegen, geriet es meist ins Licht der Reflektoren, worauf die Artilleriegeschütze sofort reagierten oder ein Jagdflugzeug vom nahegelegenen Flughafen Tushino den Eindringling zur Umkehr zwang. Splitter flogen und bald war es verboten, sich draußen aufzuhalten. Immer mehr wurde ein Luftschutzraum zu unserer Übernachtungsstätte. Vorbei das spannende Beobachten des Himmels.

Die Kurstätte Opalicho verwandelte sich in ein Lazarett und blieb es die ganze Kriegszeit über. Die Erwachsenen mussten ausziehen. Mit einer dieser Gruppen reiste meine Schwester ins Stalingrader Umland ab, später evakuierte man sie ins Gebiet von Südkasachstan. Ich kam in ein russisches Kinderheim. Vom 6. Juli an war es mir ein Zuhause im wahrsten Sinne des Wortes. Angelegt war es in einem ehemaligen Adelssitz, mitten in wunderschöner Naturlandschaft, mit erforderlicher Ausstattung, gut funktionierenden Regeln und liebem, aufmerksamem Personal. Wohl wussten die Kinder das zu schätzen.

Immer mehr bedrohten uns die feindlichen Luftangriffe vom Himmel. Oft übernachteten wir im Schutzraum. Unser sorgsamer Direktor bekam Ende Oktober die Anweisung zur Evakuierung. Wohin, sollte erst auf dem Weg bestimmt werden. Am 23. Oktober verließen wir unsere vertraute Umgebung und brachen ins Unbekannte auf. Bei uns trugen wir nur das Allernötigste: ei-

ne Tasse, Besteck und Kleidung. Alles andere schafften wir nicht mitzunehmen. In der Metro versetzte uns der Alarm in Unruhe, in der Dunkelheit ertönte Geschrei, Weinen, auf dem Boden lagen verstreut Bestecke und Tassen. Als die Lichter wieder brannten, wurde alles in Ordnung gebracht, und Stunden später stiegen wir in einen Güterzug Richtung Osten ein. Die Fahrt dauerte dreizehn Tage. Vorrang bekam alles, was in den Westen zog, zur Front. Wir merkten gar nicht, dass der Zug über die Grenze fuhr und Europa mit einem Mal hinter uns lag.

Ein Dorf in Sibirien

Das südsibirische Dorf Shitnikov im Oblast Tscheljabinsk (später Kurgansk) begrüßte seine neuen Bürger, diesmal Moskauer Kinder und ihre aufopferungsvollen Erzieherinnen. Das Dorf war noch ohne Stromversorgung. Die Elektrifizierung war erst für das laufende Jahr geplant gewesen. Außerdem war Shitnikov zur Hälfte entvölkert. Die Männer waren zur Armee gegangen, und wer nicht einrücken konnte, hatte sich zur Arbeit in den Uraler Werken gemeldet. Zahlreiche ukrainische Familien lebten hier, Menschen, denen die sowjetische Regierung in den 30er Jahren – zur Zeit der Missernte und Hungersnot – angeboten hatte, hierher überzusiedeln. Sie bekamen Häuser, gründeten Familien und fanden Arbeit im Kolchos. Ich hatte die Gelegenheit, eine alphabetische Ukrainerin näher kennen zu lernen, die mir Briefe für ihren Sohn an der Front diktierte und der ich seine Briefe vorlas.

Unser Kinderheim hatte das ehemalige Gebäude einer Landwirtschaftsschule und einige Dorfhütten zur Verfügung. Im Ort gab es eine Molkerei, die uns oft mit Molkereiprodukten versorgte, und ein Kolchos. Die Kirche diente als Lagerraum. Man hatte hier für den Bürgerkrieg gekämpft. Der Birkenwald war durch schlechtes Wirtschaften in der näheren Umgebung gänzlich vernichtet worden. Weit mussten wir gehen, um Holz zu holen. Diese Zeit war die traurigste in meiner Kindheit. Krieg, Evakuierung, langes Alleinsein ohne Nachricht von den Angehörigen, neue raue klimatische Bedingungen und schließlich die Meldung von Krankheit und Tod des geliebten und unersetzlichen Vaters. Wir litten aber alle. Für die an die hundert Kinder und vielleicht zehn Erwachsenen war es trostlos hier. Sibirische Kälte, minus 25 bis minus 40 Grad, Mangel an gewöhnlicher Kleidung und Schuhwerk, ohne Dinge des täglichen Bedarfs usw. Gesucht war Nadel wie Papier. Irgendwann fand sich eine Lösung. Aus der verschlossenen Kammer hol-

ten wir Bücher, damit wir uns zumindest auf dem Seitenrand oder zwischen den Textzeilen etwas aufschreiben konnten. Die Tinte, von einem Mitschüler aus dem Dorf aus Ruß hergestellt, gefror uns aber alsbald. Wir genossen »Bonbons« aus Zuckerrüben, aßen Weißkraut, das wir noch auf dem Feld mit der Harke gevierteilt verdrückten. Krankheiten plagten uns keine. Wie mächtig ist doch die sibirische Natur. Nur ein Husten ärgerte mich. Den behandelte man mit Schröpfköpfen, auf entzündete Stellen am Körper legten wir Wegerich, eine Kartoffel und Jodtinktur. Wir erledigten Schul- wie Arbeitspflichten. Wir halfen in der Küche, auf dem Feld; in den Zimmern kümmerten wir uns um die Heizung. Einmal waren wir sogar im Wald, um Holz zu fällen. Die Mädchen nähten, falls Material vorhanden war, kleine Tabakbeutel (sogenannte Kiseten) als Geschenk für die Soldaten. An langen Abenden erinnerten wir uns an unser gemütliches Moskauer Heim und bereuten, dass wir nicht noch ein paar Wochen dort ausgehalten hatten. Ja, im Dezember hatte es damals die Rote Armee geschafft, den feindlichen Angriff abzuwehren und das Vorrücken der Wehrmacht auf Moskau zu stoppen. Wir sangen Lieder, traurige und fröhliche, wir trösteten uns gegenseitig, wir halfen uns. Die Parolen »Die Heimat ruft«, »Alles für die Front, alles für den Sieg«, »Tod dem Faschismus« – das waren nicht nur Phrasen. Mit unseren Taten trugen wir unseren Teil zum Sieg bei. So fasseten wir das auf.

Rückkehr

Unser vierter Frühling hinter dem Ural nahte. Das Vorrücken der Front und die Kämpfe der Roten Armee im tschechoslowakischen Umfeld bedeuteten für mich, es sei an der Zeit heimzukehren. Aufmerksam sog ich alles um mich herum auf. Ich wünschte mir damals, diese entfernte Ecke noch einmal aufzusuchen, aber in angemessener Kleidung und Schuhwerk. Ich hätte gern noch einmal die Erzieherinnen getroffen, diese bescheidenen, aufopferungsvollen Frauen. Meine Lieblingserzieherin war Klawdia Pawlowna, mit der ich noch viele Jahre nach dem Krieg korrespondierte. Die erfahrene Erzieherin und Lehrerin sorgte dafür, dass ich nicht bei einer Grundbildung enden musste: nur sechs Klassen der russischen Schule. Die Mitteilung, dass ich die Mittelschule absolviert hatte, freute sie. Große Begeisterung rief meine Entscheidung hervor, mit einem Hochschulstudium fortzufahren. Ich erfuhr von ihr über die Schicksale meiner Freunde, über das Leben unserer Bekannten und darüber, wie sich schrittweise in der

Nachkriegszeit die Lebensbedingungen der Bürger verbesserten. Sie hatte als Witwe einen Sohn allein großgezogen. Er war Funker in der Roten Armee, und sie wartete lange auf seine Rückkehr.

Die Nachricht, dass das faschistische Deutschland kapituliert hatte, erreichte uns – wie auch viele andere auf der Welt – mit mehrtägiger Verspätung. Es wurde Zeit, dass ich ausführliche Informationen von meiner Schwester bekam. Inzwischen hatte sie es geschafft, nach Busuluk zu fahren und mit einem Transport voller Tschechoslowaken im August 1945 heimzukehren. Der Zug hatte bewaffnete Begleitung, denn in der Slowakei tobten noch Bandera-Truppen (Ukrainische Aufständische Armee, die mit den Nazis kollaborierte). Es kam sogar zur Entgleisung der Waggons, aber der Lokführer meisterte die Situation.

Meine Abfahrt zog sich indes hin. Zuerst ging es um die Genehmigung, nach Moskau zu reisen. War ich doch minderjährig, eigentlich Ausländerin ohne Papiere. Irgendwann im Oktober bekam ich die Fahrkarte und reiste ab. Monate dauerte das Ausstellen der Dokumente für die Weiterfahrt. Die nutzte ich zu Besuchen von Theatern, Museen und Denkmälern voll aus. Neujahr feierte ich mit Kindern im Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften. In der Tschechoslowakischen Botschaft in Moskau wurde mir schließlich (am 29.11.1945) anstelle eines Reisepasses ein Personalausweis ausgestellt, und im Februar bekam ich ein russisches Ausreisevisum. Am 21. Februar 1946 landete das Flugzeug mit mir auf dem Prager Flughafen Ruzyně. Dies war meine Rückkehr in die Heimat.

Post scriptum

Nach dem Krieg sandte mir meine schwedische Familie die väterliche Korrespondenz, und ich entdeckte u. a. einen Brief meines Vaters an meine zukünftigen Fürsorger vom März 1939. Ich zitiere einen Ausschnitt:

»Helfende Menschen, liebe Freunde! ... Kümmert euch um sie, wenn sie erkranken, damit sich am Tag der großen Rückkehr in unsere ursprüngliche Heimat, die für uns einmal kommen wird, alle wiederfinden. Gebt den Kindern Liebe, sie müssen vieles vergessen, was ihre Seelen belastet, und verzeiht ihre Armut ... Ich bitte Euch, erfüllt die innigen Wünsche eines Vaters, und erzieht meine Kinder zu mutigen, selbstbewussten, anständigen und gesunden Menschen. Vielleicht kommt der Tag, wenn auch ich als Vater in der Lage sein werde, eure Hilfe zu vergelten, die ihr meinen Kindern zukommen liebet.«

Ich erinnere mich dieser Worte in einer Zeit, da zehntausend Kinder und Erwachsene aus vom Krieg zerstörten Ländern Zuflucht in Europa suchen. Im Unterschied zu ihnen wussten wir genau, vor wem wir flohen und wann wir zurückkehren würden. Nur Friede kann ähnliche menschliche Schicksale verhindern.

Diesen Text schrieb **Olga Semelová**, die am 2. Dezember 2019 ihren 90. Geburtstag feiern wird, für ihre Kinder, Enkel und Urenkel. Bei der Eröffnung des Prager Büros der Rosa Luxemburg Stiftung übergab sie das tschechische Manuskript deutschen Freunden mit der Erlaubnis, es zu übersetzen und zu veröffentlichen.

(Zwischenüberschriften und Fußnoten redaktionell ergänzt.)

-
- 1 Vorsitzender der 1935 gegründeten völkischen Sudetendeutschen Partei (SdP)
 - 2 Im Gegensatz zu den hier geschilderten Fakten behaupten Funktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft immer wieder, es habe nach dem Münchner Abkommen vom 29./30. September 1938 keine Vertreibung aus den besetzten Grenzgebieten gegeben.
 - 3 Spanische Revolutionärin, Verteidigerin der Spanischen Republik im Bürgerkrieg 1936–39
 - 4 Tschechischer Politiker, Mitbegründer der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale
 - 5 Der berühmte Pilot Valerij Čkalov stürzte am 15. Dezember 1938 bei einem Probeflug ab.

HINWEISE ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN

Martina Michels

Mitglied des Europäischen Parlaments

Dr. Gerd Wiegel

arbeitet als Referent für Rechtsextremismus und Antifaschismus für die Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Dr. Stephan Jegielka

Bundessprecher der Kommunistischen Plattform, DIE LINKE

Prof. Dr. Karl-Heinz Grafe

Dr. sc. Roland Bach

Mitglied BAG-Antifaschismus

Olga Semelova

Text von Olga Semelova,
wir danken Renate Henecke für die Übermittlung des Textes

An alle Engagierten und Interessierten:

Werdet Mitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifaschismus der Partei DIE LINKE!

In vielen Orten werden regelmäßig Demos gegen Neonazis organisiert, findet aktive Flüchtlingshilfe statt, gibt es Bürgerbündnisse gegen Rassismus, engagieren sich Mitglieder der LINKEN in Initiativen gegen Rechts, und vieles mehr. Die BAG Antifaschismus sieht es als ihre Aufgabe, den Austausch über die vielen Erfahrungen, die wir im alltäglichen antifaschistischen Kampf vor Ort machen, zu fördern und

dabei Schnittstelle, Netzwerk und Multiplikator zu sein. Der gemeinsame Erfahrungsaustausch und Wissensaustausch ist wichtig, zur Entwicklung gemeinsamer Strategien gegen rechts, und um zu spüren, dass man nicht allein gegen Windmühlen kämpft. Wer Mitglied werden möchte, ist gern bei uns willkommen. Einfach Eintrittsformular ausfüllen und abschicken, an die unten angegebene Adresse.

BAG Antifaschismus Eintrittserklärung

Name

Vorname

Geburtsdatum

Landesverband

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss
BAG Antifaschismus der Partei DIE LINKE.

Ich erkläre hiermit meinen Eintritt in die LAG

(Hier ggf. Namen der jeweiligen Landes-AG eintragen)

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE. (Wenn zutreffend bitte ankreuzen.)

Anschrift

E-Mail

Datum/Unterschrift

Ausgefüllte Erklärung an:

BAG Antifaschismus
Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28,
10178, Berlin
oder per Fax: 030 2411046

